

„Gemeinsam mehr erreichen“

Wahlprogramm der
Christlich Demokratischen Union
Mecklenburg-Vorpommern

Nicht weil die Dinge schwierig sind,
wagen wir sie nicht,
sondern weil wir sie nicht wagen,
sind sie schwierig.

**Beschlossen auf dem Landesparteitag am
24. Juni 2006, Pasewalk**

Inhalt

Gemeinsam voran..... 4

Vorfahrt für Arbeit 14

Kräfte unserer Wirtschaft mobilisieren14

Landwirtschaft – Wirtschaft des ländlichen Raums20

Urlaubsland Mecklenburg-Vorpommern22

Arbeits- und Ausbildungsplätze sichern und Arbeitslosigkeit
abbauen.....25

Kinder und Familien – unsere Zukunft..... 29

Leistungsorientierte und verlässliche Bildung 34

Eine verlässliche Schulpolitik für Mecklenburg-Vorpommern
.....34

Hochschulen voranbringen41

Starke Kommunen – starkes Land..... 46

Gesundheit für alle – keine Zweiklassenmedizin..... 53

2. Leben mit Behinderung in unserer Gesellschaft 54

Kultur als Standortfaktor 55

Handlungsfähige Justiz – Vertrauen in den Rechtsstaat 59

Starke Polizei – mehr Sicherheit..... 62

Sport – Leistung und Gemeinschaft..... 64

Mit der Natur im Einklang..... 65

Politik gestaltbar machen. Verantwortliche Finanzpolitik..... 68

Rechenschaft gegenüber den Bürgern..... 71

Liebe Wählerinnen und Wähler,

in Kürze haben Sie die Möglichkeit, über die Zusammensetzung des Landtages zu entscheiden.

Wie kann sich das Land in den kommenden Jahren entwickeln?

Wo liegen die Chancen Mecklenburg-Vorpommerns?

Was muss Politik konkret leisten?

Welcher Spitzenkandidat wird das Steuerrad fest in der Hand halten und zugleich die Entwicklung unseres Landes vorantreiben?

All das sind Fragen, die zu beantworten sind.

Sie haben ein Recht darauf – ein Recht auf klare und unmissverständliche Antworten.

Wir legen Ihnen ein Wahlprogramm vor, das unsere Antwort auf diese Fragen ist. Unsere Heimat, Mecklenburg-Vorpommern, wollen wir voranbringen. Ich will ein Ministerpräsident für alle Bürgerinnen und Bürger sein. Das ist der Anspruch, an dem ich mich ganz persönlich messen lassen will. Wir wollen Ihnen deutlich machen, welche Ideen und Vorstellungen die CDU für unser Land hat und was die Grundlagen für unsere politischen Entscheidungen sind. Dieser Antwortkatalog gibt Ihnen gute Argumente, damit Sie mit Ihren Stimmen die CDU beauftragen, Ihre Interessen kraftvoll zu vertreten.

Ihr



Jürgen Seidel

Vorsitzender der CDU Mecklenburg-Vorpommern

und

Kandidat der CDU für das Amt des Ministerpräsidenten
von Mecklenburg-Vorpommern

Gemeinsam voran

Uns geht es darum, die Kräfte zu stärken, die unser Land und unsere Menschen zusammenhalten: Es geht uns um alle, die in Mecklenburg-Vorpommern beheimatet sind.

Verpflichtung unserer Politik soll eine für Sie und uns erlebbare Interessenvertretung sein. Durch Ihre Stimmen verpflichten Sie uns, unsere Arbeit so zu erledigen, wie wir alle es von unseren Kollegen, Nachbarn und Freunden erwarten: einfallsreich, anständig, zuverlässig und verlässlich, ordentlich, mit Bedacht und handwerklich sauber.

An diesem Wahlprogramm haben viele Bürgerinnen und Bürger mitgearbeitet. Ihre Erfahrungen, Ideen und Vorstellungen sind eingeflossen.

Ein neuer Stil der Gemeinsamkeit – Zuhören und Mitmachen

Wir wollen einen neuen, einen anderen politischen Stil, eine Politik des Miteinanders – Wir wollen mehr Gemeinsamkeit wagen!

Wir müssen in Mecklenburg-Vorpommern unsere Kräfte zusammenführen und unsere Stärken konsequent ausbauen. Seit 1990 haben wir in unserem Land viel geschafft. Jede Landesregierung hat versucht, mit ihren Überzeugungen für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern das Beste zu erreichen. Keinem sollen die Erfolge geneidet werden. Keiner darf erfolgreiche Unternehmensansiedlungen schlecht reden. Wir brauchen alle Erfolge als Bausteine, um im Land Wohlstand und soziale Gerechtigkeit zu erreichen. Davon wollen wir uns leiten lassen und besser werden. Vor allem wollen wir aufmerksamer zuhören, Ideen ernst nehmen und Argumenten gegenüber aufgeschlossen sein. Auch die politischen Parteien untereinander haben so die ehrliche Chance, Mecklenburg-Vorpommern spürbar voran zu bringen.

Natürlich verschließen wir die Augen nicht davor, dass sich die Lebenssituation vieler Bürgerinnen und Bürger unseres Landes verbessern muss. Die monatlichen Arbeitsmarktmeldungen sind nicht nur Zahlen. Hinter diesen verbergen sich nach Arbeit suchende Mitbürgerinnen und Mitbürger. Wir müssen handeln! Und

wir werden handeln!

Mecklenburg-Vorpommern – ein kraftvolles Land

Mecklenburg-Vorpommern hat es in seiner Geschichte immer wieder geschafft, mit und durch seine Menschen zu wachsen. Aus unserem Land sind Erfindungen und Erfinder im Großen und im Kleinen hervorgegangen. Mecklenburg-Vorpommern war und ist ein kraftvolles Land.

In Rostock und Greifswald wurden im 15. Jahrhundert die ältesten Universitäten im Ostseeraum gegründet. Bei uns liegt die Wiege der modernen Wissenschaften einer ganzen Region, die sich heute mehr und mehr als gemeinsamer Wirtschafts- und Wissenschaftsraum entwickelt.

Für Mecklenburg und Vorpommern stehen viele Persönlichkeiten der Geschichte, deren Wirken bis heute reicht.

Der Greifswalder Caspar David Friedrich (geb. 1774) war der bedeutendste Maler der deutschen Romantik. Seine Werke sind vor allem durch Natur- und Landschaftsdarstellungen und Heimatbezug geprägt.

Johann Heinrich von Thünen (geb. 1783), stieg auf dem Gut Tellow bei Teterow zum Begründer der landwirtschaftlichen Betriebslehre auf. Heute wird der praktische Landwirt als der bedeutendste deutsche Ökonom seiner Zeit gesehen.

Ernst Alban gilt als der Bahnbrecher des Maschinenbaus in Deutschland. Er wurde 1791 in Neubrandenburg geboren und baute 1840 bis 1850 Dampfmaschinen in Plau am See.

Mit Sophie Charlotte von Mecklenburg-Strelitz war eine Mecklenburgerin als britische Königin im 18. Jahrhundert Namensgeberin unserer Partnerregion in den USA: Charlotte in Mecklenburg County. Charlotte ist heute zweitgrößtes Finanzzentrum der Vereinigten Staaten.

Peter Kreeft aus Barth erfand vor 200 Jahren den ersten geschlossenen Taucheranzug. Seine Technologie findet bis heute Anwendung.

Heinrich Schliemann ist einer der bekanntesten Mecklenburger. Als erfolgreicher Geschäftsmann und Wegbereiter der modernen Archäologie ist Schliemann über die Grenzen Deutschland hinaus berühmt geworden.

Es war ein Malchiner, Siegfried Marcus (geb. 1831), der 1888, nahezu zeitgleich mit Karl Benz und Gottlieb Daimler, einen Motorwagen baute. Er entwickelte den Vergaser, den ersten

Verbrennungsmotor mit Benzin und einen Viertaktmotor.

Die Wismarer Pödeus AG nahm 1906 die Kraftfahrzeugproduktion auf und exportierte Autos bis nach Indien, Russland, Brasilien und Dänemark.

Mit dem Anklamer Otto Lilienthal schrieb Vorpommern Luftfahrtgeschichte. Mecklenburg war in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein bevorzugter Standort der deutschen Flugzeugindustrie. Namhafte Flugzeugbauer wie Arado, Bachmann, Fokker, Heinkel und Dornier waren bemüht, die besten Ingenieure nach Mecklenburg zu holen.

In Peenemünde liegt die Wiege der Raumfahrt. Niemals darf vergessen werden, dass diese bahnbrechende technische Leistung von den Nationalsozialisten als Vernichtungs- und Vergeltungswaffe konzipiert und missbraucht wurde. Aber es gibt weltweit keinen anderen Ort, um den Gebrauch und den Missbrauch dieser folgenreichen technischen Innovation zu verdeutlichen und um unsere Verantwortung für die friedliche Nutzung dieser Technologie anzumahnen.

Der in Rostock geborene Greifswalder Forscher Gustav Mie ist der Namensgeber des heutigen Gustav-Mie-Preises für Nachwuchswissenschaftler.

An der Rostocker Universität wurde in den 1950er Jahren die erste universitäre ingenieurwissenschaftliche Fakultät in ganz Deutschland errichtet.

Diese beeindruckenden Meilensteine der Geschichte sind im wahrsten Sinne des Wortes Standortvorteile. Wir können etwas und wir sind wer! Wer würde das bestreiten.

Wir wollen uns auf unsere Traditionen besinnen und anpacken.

Die gegenwärtige Situation klagend hinzunehmen und sich einzurichten ist keine Alternative. Viele volkswirtschaftliche und finanzpolitische Ranglisten, in denen unser Land nicht so gut abschneidet, stehen im Widerspruch zu unseren Stärken und Traditionen.

Wir können viel mehr.

Unsere regionale Verbundenheit stärken

Familie, Muttersprache, Heimat, Kultur und die regionalen Identitäten der Mecklenburger und Vorpommern sind auf der Basis unserer christlich-abendländisch geprägten Geschichte das Band, das uns verbindet und damit Voraussetzung für die Stabilität unserer Gemeinschaft ist. Zur Wahrung dieser Stabilität wollen wir

als CDU in den kommenden Jahren unseren Beitrag leisten. Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, an diese Werte und Traditionen anzuknüpfen. Durch geeignete Symbolik z.B. Nationalhymne und Beflaggung und die Befassung mit regionaler Geschichte wollen wir die emotionale Bindung zum Land verstärken. Die Grundlage dafür, dass diese wachsen kann, kann auch in der Schule gelegt werden. Deshalb sollen in der Schule neben dem Text der Nationalhymne auch die Texte des Mecklenburgliedes und des Pommernliedes gelernt werden. Zudem wird die Regionalgeschichte von Mecklenburg und Vorpommern ein Schwerpunkt des Geschichtsunterrichtes in den Schulen des Landes. Alle sollen ihre Stärken einbringen. Wir brauchen Ihre Ideen, Ihren Mut, Ihre Kraft, um den Erfolg zu schaffen. Alle werden dabei gebraucht.

Gemeinsam Politik gestalten

Als eine stabile politische Kraft in Mecklenburg-Vorpommern hat sich die CDU nach der Wende sofort der Verantwortung gestellt. In den vergangenen 16 Jahren sammelten wir viele politische Erfahrungen. Wir lernten als stärkste kommunalpolitische Partei sowie als Regierungs- und Oppositionspartei im Landtag, dass es sehr darauf ankommt, auf die Menschen im Land zu hören. Wir wollen Ihren Rat berücksichtigen und Ihre Lebenserfahrung in die Gestaltung Mecklenburg-Vorpommerns einbeziehen. Die Menschen wissen selbst am Besten, was gut für unser Land ist. Der Landtag ist Vertretung aller Bürgerinnen und Bürger und es ist seine Aufgabe, ihre Interessen zu vertreten. Diese Aufgabe will die CDU in den Mittelpunkt ihrer Politik und ihrer Arbeit rücken. Dafür steht Jürgen Seidel als Vorsitzender der CDU, als Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten in Mecklenburg-Vorpommern. Dafür steht die CDU im Land.

Am 17. September 2006 stehen politische Konzepte für unser Land zur Abstimmung. Alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sind aufgerufen, zum ersten Mal seit 1990 unabhängig von einer Bundestagswahl unmittelbar über die Fragen zu entscheiden, die Sie bewegen, ob in Bergen auf Rügen, in Hagenow, in Rostock, in Groß Lüdersdorf, in Anklam, Ludwigslust, Ueckermünde, Penkun, Neustrelitz, in Waren/Müritz, Barth oder einem anderen schönen Ort unserer Heimat. Wir rufen die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes auf, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen!

Aus vielen Städten, Gemeinden und Landkreisen kennen Sie Mitglieder der CDU als Bürgermeister, Landräte, Gemeindevertreter

Kreistags- und Landtagsabgeordnete, die Ihnen zuhören, die Ihre Sorgen aufnehmen, die mit Ihnen reden und mit Ihnen nach Lösungen von Problemen suchen. So wollen wir, die CDU, unser Mecklenburg-Vorpommern voranbringen. Wir wollen unsere zahlreichen Ideen mit Ihnen diskutieren.

In der Vergangenheit wurden zu viele Entscheidungen über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg getroffen; in der Schulpolitik, der Kindertagesstättenpolitik, in der Hochschulpolitik, in der Arbeitsmarktpolitik oder bei der Verwaltungsreform. Ihre Sorgen sind oft ungehört geblieben. Die Ausgrenzung von Meinungen aus dem eigenen Land wollen wir beenden. Alle ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger müssen wieder spüren, dass sich ihr Engagement lohnt, weil es ernst genommen wird. Und das nicht nur in politischen Sonntagsreden, sondern in der täglichen Politik.

Das ist eine neue, eine aufrichtige Diskussionskultur.

Orientierung in einer unübersichtlichen Welt

Die Grundsätze unserer Partei halten uns an, eine Diskussion zu den unterschiedlichsten Themen und Anliegen im gegenseitigen Respekt vor jedem einzelnen Menschen und seiner jeweiligen Überzeugung zu führen. Wir sind neugierig zu erfahren, was Sie denken, wie Sie Probleme im Ort und im Land lösen würden. Wir wollen unsere Ideen mit Ihnen diskutieren, wir wollen uns Zeit nehmen, Kritik aushalten, berechtigte Einwände und Vorschläge ernst nehmen. Eine neue politische Kultur, die durch die Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern getragen wird, soll Maß und Maßstab unserer Politik sein. Unsere im Christentum verankerten Wertevorstellungen bieten allen Bürgerinnen und Bürgern in einer immer unübersichtlicher werdenden Welt eine verlässliche Grundlage, um mit uns ins Gespräch zu kommen.

Wir wollen durch die Stärken des Einzelnen stark sein. Jeder hat Stärken und wird gebraucht, gleich ob jemand Arbeit hat oder noch nicht, ob jemand alt oder jung ist, hier oder anderswo geboren wurde. Ein Jeder trägt die unantastbare Würde des Menschen in sich, besitzt die gleichen Rechte und Pflichten. Dabei ist jeder Einzelne gefordert. Und das bereits in seinem Zuhause. Solidarität beginnt in der Familie. Wir müssen unsere Augen und Herzen öffnen für die Sorgen und Nöte unserer Nächsten und Nachbarn.

Gemeinsam geht es eben besser.

Geborgen in der Familie

Familie ist dort, wo Eltern für ihre Kinder und Kinder für ihre Eltern Verantwortung übernehmen.

Im Mittelpunkt unserer Familienpolitik stehen die Kinder. Jedes Kind braucht persönliche Zuwendung, Begleitung, Liebe, Vorbild und Autorität der Eltern. Die Entwicklung der personalen Eigenständigkeit und der Gemeinschaftsfähigkeit, des Werte- und Verantwortungsbewusstseins hängt wesentlich von der Erziehung in der Familie ab. Erziehung ist Elternrecht und wer sich für Kinder entscheidet, übernimmt Rechte und Pflichten, denen er sich nicht entziehen darf. Wo Kinder umsorgt, erzogen und betreut werden, müssen wir diese Erziehungsleistung anerkennen und unterstützen. Auch Kinder allein erziehender Eltern haben das Recht auf eine persönliche Beziehung zu Mutter und Vater.

Eltern leisten mit der Erziehung ihrer Kinder einen unersetzlichen Beitrag für das Gemeinwohl und den Fortbestand unserer Gemeinschaft. Die dramatische Veränderung der Bevölkerungsstruktur gefährdet die Sicherung des Generationenvertrages. Dem entgegenzuwirken ist nicht nur eine Aufgabe der Politik, sondern auch der Gesellschaft mit einer veränderten Einstellung zum Kind und zur Familienarbeit. Der Staat kann nicht in allen Lebenslagen helfen. Mit Geld lindert er materielle Not, aber er kann keine familiäre oder gemeinschaftliche Zuwendung, Liebe und Wärme ersetzen.

Wir wollen zu einer kinderfreundlichen Gesellschaft beitragen, die Kinder als Bereicherung versteht und in der Kinder unbeschwert aufwachsen. Spielende und lärmende Kinder auf unseren Spielplätzen sind ein wärmendes Symbol des Lebens und Musik in unseren Ohren. Zugleich müssen wir alle darauf achten, dass unsere Kinder zu Respekt und Achtung vor anderen Menschen und ihren Leistungen erzogen werden.

Dabei sind unsere Kindertagesstätten über Jahrzehnte zur Selbstverständlichkeit geworden. Das finden wir gut. Diese Einrichtungen geben vielen Eltern die Möglichkeit, ihren Beruf auszuüben, das Familieneinkommen mit eigener Arbeit zu sichern und damit sich und ihren Kindern eine gute Zukunft aufzubauen. Kindertagesstätten tragen spürbar zur Erziehung und Entwicklung unserer Kinder bei. Sie unterstützen die Eltern, können und sollen ihnen aber nicht die Verantwortung abnehmen. Aufgrund der hohen Inanspruchnahme von Kindertagesstättenplätzen haben wir in Mecklenburg-Vorpommern die einzigartige Chance, die Kinder in den Einrichtungen bereits früh zu fördern und so zu bilden, wie es ihre frühkindliche Entwicklung erlaubt. Die Möglichkeiten in diesem

Alter werden wir stärker und früher nutzen. In den Schulen müssen wir die schwächeren Schüler fördern und dafür mehr individuelle Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten schaffen und das nicht gegen, sondern mit unseren Lehrern. Genauso brauchen die Leistungsstarken ihre Freiräume. Wir werden sie stärker fordern und fördern. Respekt und Achtung voreinander sind die Grundvoraussetzungen für einen geordneten Schulbetrieb. Schule muss wieder auf das wirkliche Leben vorbereiten.

Vorfahrt für Arbeit!

Alle unsere wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen werden darauf ausgerichtet sein, die Rahmenbedingungen für das Handwerk, das Gewerbe und die landwirtschaftlichen Betriebe zu verbessern. Die Unternehmensstandorte im Land müssen gesichert und ausgebaut sowie neue Unternehmen angesiedelt und neu gegründet werden. So gewinnen wir die Kraft für eine langfristig gesicherte soziale Gerechtigkeit. Gesunde Unternehmen sind hierfür eine entscheidende Voraussetzung. Dabei werden wir die staatlichen Behörden anhalten, ihre Ermessensspielräume bei der Umsetzung von Gesetzen und Verordnungen im Interesse der Unternehmen zu nutzen.

Ebenso ist für alle ein Einkommen notwendig, das den Lebensunterhalt sichert. Gleichzeitig fordern wir alle Unternehmen auf, familienfreundliche Arbeitsplätze einzurichten. Wir sind aufeinander angewiesen.

Wir werden solche Rahmenbedingungen herstellen, die Arbeitsplätze erhalten und schaffen. Dazu ist es notwendig, dass Genehmigungsvorschriften, Genehmigungsfristen und andere bürokratische Hindernisse unverzüglich und mutig reduziert und – wo immer es möglich ist – ganz abgebaut werden. Unternehmen sollen sich in Mecklenburg-Vorpommern entwickeln und ansiedeln. Dafür benötigen sie qualifizierte Arbeitskräfte. Daher werden wir die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen darauf ausrichten, Arbeitnehmer den Anforderungen der Unternehmen entsprechend zielgerichtet fort- und weiterzubilden.

Aufgrund des immer weiter sinkenden Anteils junger Menschen in unserer Bevölkerung sind wir in den kommenden Jahren darauf angewiesen, die Erfahrungen älterer Arbeitnehmer stärker als bisher zu nutzen. Wir müssen diese Entwicklung als Chance begreifen. Das

wird dazu führen, dass die gesamte Gesellschaft diesen Generationen, denen wir viel verdanken, wesentlich mehr den verdienten Respekt, die verdiente Achtung und die verdiente Fürsorge entgegenbringt. Unsere Gemeinschaft wird dadurch gestärkt. Wir werden einmal mehr erfahren: Nur gemeinsam sind wir stark.

Alle müssen flexibel auf die Herausforderungen des Arbeitsmarktes reagieren können, um sich im Rahmen des lebenslangen Lernens Beschäftigungschancen zu erhalten. Ein schneller Umstieg, eine hochwertige neue und bedarfsgerechte Qualifizierung sind die besten Voraussetzungen für die Vermittlung auf einen neuen Arbeitsplatz. Den Hochschulen des Landes kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Wir verstehen sie als Entwicklungszentren unseres Landes. Sie werden stärker als bisher Lehr- und Lernangebote im Rahmen der beruflichen Weiterbildung entwickeln und anbieten. Die Erkenntnisse aus dem Forschungs- und Lehrprozess sollen auch diejenigen erreichen, die seit Jahrzehnten im beruflichen Leben stehen. Diese Angebote bieten für viele Menschen eine zusätzliche Sicherheit, die Brüche in ihrem Erwerbsleben besser zu verkraften. Nach der Schule, nach der Berufsausbildung und nach dem Studium müssen ausreichend Möglichkeiten vorhanden sein, damit jeder Einzelne seine Fähigkeiten und Talente ausbauen kann.

Alle Chancen nutzen!

Wir leben in einem Land, das Chancen eröffnet, die wir künftig verstärkt nutzen wollen. Wir können mehr, wir wollen mehr und wir werden mehr schaffen. Wir haben unsere Prioritäten für die kommenden fünf Jahre und darüber hinaus klar gesetzt. Durch dieses Programm der CDU Mecklenburg-Vorpommern werden klare Antworten gegeben, wie wir unsere Heimat noch lebenswerter gestalten wollen. Nur: Ein Programm kann nicht jede Frage beantworten. In vielen Bereichen entwerfen wir eine grundsätzliche Richtung, die in unserem Land gelten soll. Wir wollen Orientierung bieten. Gehen Sie mit uns diesen Weg. Fragen und beraten Sie uns. Nur gemeinsam werden wir es schaffen.

In allen Politikbereichen werden wir als CDU uns von den folgenden grundsätzlichen Aufgabenstellungen leiten lassen. Sie reichen in jeden Lebensbereich hinein. Sie finden sich in der Umweltpolitik ebenso wieder wie in der Kulturpolitik. Wir werden die alltägliche Politik diesen Aufgabenstellungen unterordnen. Wir werden unsere Entscheidungs- und Ermessensspielräume so nutzen, dass sie für die

Bürgerinnen und Bürger Mecklenburg-Vorpommerns von Vorteil sind. Das macht Politik berechenbar und verlässlich.

- **Vorfahrt für Arbeit! Arbeit ist und bleibt das zentrale Anliegen unserer Politik.** In der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik werden wir die genehmigungsrechtlichen, wirtschaftlichen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen für bestehende und neue Unternehmen weiter verbessern. Ziel ist dabei immer, durch gesunde Unternehmen Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen sowie der Zukunft unseres Landes und unseren Bürgern mehr Sicherheit zu geben.
- **Familienfreundliche Politik in allen Bereichen!** Alle arbeitsmarkt-, bildungs- und sozialpolitischen Maßnahmen werden darauf ausgerichtet sein, Familien im Land eine Zukunft zu geben. Bei uns sind Familien mit Kindern willkommen. Hier finden sie ihre Heimat.
- **Leistungsorientierte und verlässliche Bildung!** Alle bildungspolitischen Maßnahmen werden auf ein gutes und verlässliches Bildungsangebot für alle Kinder ausgerichtet sein: vom Kindergarten bis zur Berufsausbildung, vom Studium bis zur Fort- und Weiterbildung. Qualität geht vor Strukturreformexperimente!
- **Vor Ort muss entschieden werden, was vor Ort entschieden werden kann!** Um unsere Ziele zu erreichen, werden wir das Land über eine tatsächliche Verwaltungsreform wieder handlungsfähig machen. Es muss nicht alles neu geregelt werden. Wir werden Strukturen schaffen, in denen sich Bürgerinnen und Bürger zurechtfinden, in denen ihre Anliegen schnell und gut bearbeitet werden.
- **Die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten ist kein staatliches Geschenk, sondern staatliche Verpflichtung.** Wir werden die Polizei, die haupt- und ehrenamtlichen Feuerwehren, den Zivil- und Katastrophenschutz, die Bundeswehr sowie alle Mithelfenden in ihrer Arbeit zum Wohle unseres Gemeinwesens unbedingt stärken.

Das Diskussions- und Politikangebot der CDU richtet sich an alle Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern. Unser Ziel ist klar und eindeutig. Wir wollen Politik für alle Menschen machen.

Und wir sind darauf angewiesen, dass Sie uns auf diesem Weg kritisch begleiten, damit wir gemeinsam mehr erreichen.

Vorfahrt für Arbeit

Beim Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft und Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern gibt es zur sozialen Marktwirtschaft keine Alternative. Die besondere Situation in Mecklenburg-Vorpommern erfordert im Interesse der Menschen nach wie vor eine aktive Strukturpolitik. Nur durch den wirtschaftlichen Strukturwandel hin zu Unternehmen, die im Wettbewerb bestehen können, sind gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Deutschland zu erreichen. Um diesen Wandel zu erreichen, eine industrielle Zukunft zu sichern und Zukunftstechnologien zu fördern, ist eine weitgehende Flankierung durch staatliche Hilfen erforderlich. Mit einer engeren Verknüpfung von Struktur- und Arbeitsmarktpolitik wollen wir den Zeitraum zwischen dem Wegbrechen unrentabler und dem Entstehen wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze verkürzen. Zugleich soll erreicht werden, dass die vorhandenen qualifizierten Arbeitskräfte nicht abwandern, dass ihre Qualifikation erhalten bleibt und sie in unserer Heimat eine tragfähige Beschäftigungsperspektive erhalten.

Kräfte unserer Wirtschaft mobilisieren

Für den Aufbau der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern kommt dem Mittelstand und den Handwerksbetrieben eine Schlüsselfunktion zu. Eine konsequente Mittelstandspolitik ist die beste Voraussetzung, um unsere marktwirtschaftliche und soziale Ordnung zu stabilisieren und weiterzuentwickeln.

Folgende Maßnahmen sollen unsere Wirtschaft voranbringen:

1. Mittelstandsprogramm
2. Technologieorientierte Wirtschaftspolitik
3. Vernetzte Verkehre – moderne Verkehrspolitik
4. Ausgewogene, technologieorientierte Energiepolitik
5. Ausbau der internationalen Vernetzung
6. Landwirtschaft – Wirtschaft des ländlichen Raums

1. Mittelstandsprogramm

Wir brauchen die Wirtschaftskraft eines breiten Mittelstandes sowie den Ideenreichtum und Erfolgswillen mittelständischer Unternehmer mit ihrer großen Innovations- und Entwicklungsdynamik. Die klein- und mittelständische Wirtschaft ist von großer Bedeutung in unserem Land. Sie erhält und schafft Arbeits- und Ausbildungsplätze. Kleine und mittelständische Unternehmen haben besondere Vorteile, weil sie vielfach flexibler sind, schneller entscheiden können und weniger bürokratisch sind. Sie sind aber im Wettbewerb gegenüber Großunternehmen oft benachteiligt. Für kleine und mittelständische Unternehmen sind deshalb Erleichterungen, insbesondere im Steuerrecht und bei der Bildung von Eigenkapital, erforderlich.

Die CDU wird mit einem **Mittelstandsprogramm** für kleinere und mittlere Unternehmen sowie im Handwerk Liquiditätsbeihilfen zur finanziellen Absicherung von Auftragsdurchführungen schaffen. So werden wir vermeiden, dass Liquiditätsengpässe für hochproduktive Unternehmen dazu führen, dass Aufträge zurückgewiesen werden müssen und hoch qualifizierte Arbeitsplätze in Gefahr geraten.

Um die im internationalen Vergleich beispielhafte klein- und mittelständische Struktur unserer Wirtschaft zu erhalten, treten wir dafür ein, den Generationenwechsel von Familienunternehmen durch entsprechende steuerliche Regelungen zu erleichtern. Wir brauchen mehr Unternehmerinnen und Unternehmer und wollen deshalb den Schritt in die berufliche Selbstständigkeit erleichtern.

2. Technologieorientierte Wirtschaftspolitik

Wir wollen innovative und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze mit hoher Produktivität und Attraktivität in Mecklenburg-Vorpommern fördern.

Die CDU setzt auf eine enge Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Forschungsinstituten einerseits und der Wirtschaft andererseits. Ergebnisse aus der angewandten Forschung müssen schnell in neue Produkte umgesetzt werden, um die industriellen Wirtschaftsbereiche in den Regionen unseres Landes zu stärken. Zusätzlich werden wir die industrielle Forschung an den Hochschulen fördern, um so den Technologieaustausch zu verbessern.

Nur innovative Produkte werden es uns ermöglichen, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten. Viele Projekte sind nur durch ein Zusammenwirken von Hochschulen und Unternehmen möglich. Diese Kooperationen müssen ausgebaut und

gestärkt werden, um für unser Land konkurrenzfähige Arbeitsplätze zu schaffen. Die CDU setzt sich für eine besser ausgestattete Technologie- und Innovationsförderung für Unternehmen und wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen ein. Die Stabilisierung der bestehenden Unternehmensstruktur, Industrieansiedlungen und Firmenneugründungen benötigen eine leistungs- und kooperationsfähige Forschungsinfrastruktur. Die Technologie- und Forschungsförderung muss strikt nach Leistungs- und Erfolgsgesichtspunkten erfolgen. Die Verbesserung der Möglichkeiten und Fähigkeiten der Unternehmen zur Herstellung neuer und zukunftsweisender Produkte erfordert die intensive Unterstützung neuer Technologien und die schnellere Herstellung der Marktreife.

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung müssen erhöht werden. Ohne eine deutliche Steigerung unserer Innovationskraft wird es keine Lösung unserer strukturellen wirtschaftlichen und sozialen Probleme geben!

3. Vernetzte Verkehre – moderne Verkehrspolitik

Leistungsfähige Verkehrswege sind die Adern der arbeitsteiligen Volkswirtschaft und erste Voraussetzung für eine erfolgreiche Standortpolitik.

Der Eurorapid ist weiterhin eine Chance, um Mecklenburg-Vorpommern an Infrastrukturprojekte mit modernen Verkehrstechnologien anzubinden. Wir werden uns daher für die Realisierung des Projektes auf der Strecke Amsterdam – Hamburg – Schwerin – Berlin – Warschau/Prag einsetzen.

Die Schaffung von diskriminierungsfreien Wettbewerbsbedingungen im Bahnverkehr gehört zu den vorrangigen Aufgaben unserer Infrastrukturpolitik.

Hier gilt es, das Land gegenüber den Verantwortlichen bei Bund und Bahn AG stärker zu positionieren. Die CDU in Mecklenburg-Vorpommern wird sich dafür einsetzen, dass die Bahnstrukturreform nicht zur Benachteiligung von Länderinteressen führt. Neben einer ausreichenden Finanzierung des Schienenpersonenverkehrs durch Regionalisierungsmittel des Bundes ist die strikte Trennung von Netz und Betrieb eine entscheidende Voraussetzung für einen effizienten Wettbewerb sowohl im Reise- als auch im Frachtverkehr.

Vor dem Hintergrund der Osterweiterung der Europäischen Union wird der Standort Mecklenburg-Vorpommern wirtschaftsgeographisch aufgewertet. Wir erhalten die Chance,

wirtschaftliche Entwicklungsimpulse aus einer Drehscheibenfunktion im Nordsüd- und Ostwestverkehr zu ziehen. Die verkehrspolitische Zielsetzung muss sich daher an diesen Prämissen orientieren. Der Ausbau der Straßenverkehrswege ist dabei von großer verkehrsinfrastruktureller Bedeutung.

Mecklenburg-Vorpommern muss ein Verkehrskonzept entwickeln, das das Land in bestehende und neu zu schaffende europäische Verkehrsströme einpasst und dabei vor allem die Herausforderungen der Osterweiterung der Europäischen Union zwingend berücksichtigt. Vor allem im Bereich des südlichen Ostseebogens ist der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur auf der VIA HANSEATICA von enormer Bedeutung. Der vierspurige Ausbau der B 96, die Fertigstellung der A 241 und die Sicherstellung der Finanzierung sowie die zügige Fertigstellung der A 14 gehören genauso dazu wie die Realisierung der notwendigen Ortsumgehungen und der leistungsfähige Ausbau von Grenzübergängen für alle Verkehrsträger nach Polen. Zur Finanzierung von Infrastrukturobjekten sollen künftig auch stärker alternative Finanzierungsinstrumente aus dem privaten Kapitalmarkt zur Hilfe genommen werden.

Mit der Fertigstellung der A 20 muss die zügige Realisierung von Zubringersystemen sowie die adäquate Anbindung der bereits erschlossenen Industriegebiete, wie z.B. des Seehafens Wismar, gesichert werden. Denn die Nähe zur Autobahn ist nur ein wirklicher Standortvorteil, wenn auch die „letzten Kilometer“ auf leistungsfähigen Wegen überbrückt werden können!

Hafenwirtschaft hat einerseits eine erhebliche regionale wirtschaftliche Bedeutung, andererseits aber auch eine große Bedeutung für die Funktion des Landes als Drehscheibe im Ostseeraum. Die Chancen des Zusammenwachsens der Wirtschaftsregion Ostsee können nur genutzt werden, wenn die Hafeninfrastruktur stetig modernisiert und laufend den Anforderungen der Hafen- und Schifffahrtskunden angepasst wird. Schwerpunkt wird dabei die verbesserte Hinterlandanbindung der Häfen sein.

Der Fährverkehr im Ostseeraum stellt heute ein sensibles Gleichgewicht dar. Dieses Gleichgewicht wird unter anderem durch ausgewogene Teilhaberstrukturen bei marktbeherrschenden Unternehmen gesichert. Eine etwaige Veränderung von Strukturen darf nicht dazu führen, dass der Standort Mecklenburg-Vorpommern von europäischen Verkehrsströmen abgeschnitten wird. Somit fordert die CDU Mecklenburg-Vorpommern, dass eine feste Fehmarn-Belt-Querung nicht mit öffentlichen Mitteln unterstützt wird.

Leistungsfähige Flughäfen in Mecklenburg-Vorpommern sind wichtiger Bestandteil der CDU-Infrastrukturpolitik. Insbesondere der Flughafen Rostock-Laage bedarf als zentraler Flughafen mit landesweiter Bedeutung der gezielten Förderung. Die weitere Entwicklung des Forschungs- und Entwicklungsstandortes Mecklenburg-Vorpommern wird maßgeblich von der Anbindung an das internationale Flugverkehrsnetz abhängen.

4. Ausgewogene, technologieorientierte Energiepolitik

Eine positive wirtschaftliche Entwicklung ist ohne eine nachhaltige Energiebereitstellung zu verlässlichen und wettbewerbsfähigen Preisen nicht möglich. Als CDU stehen wir für einen gesunden Energiemix der konventionellen Energieerzeugung in modernen Gas- und Kohlekraftwerken sowie durch neue Formen der Energiegewinnung. Energiepolitik begreifen wir als Standortpolitik. Die Märkte für Strom und Gas brauchen einen Wettbewerb, vor allem um die Kosten für die Unternehmen und die Bürger zu senken. Erneuerbare Energieformen wie Windkraft sollten nur für eine Übergangszeit unterstützt werden. Eine Subventionierung von Windkraftanlagen in der Ostsee lehnen wir ab.

Neue alternative Modelle zur Energiegewinnung, wie die Energieerzeugung durch Biomasse, stellen Chancen für die Landwirtschaft dar, die wir aktiv unterstützen. Geothermische Energiegewinnung oder moderne Alternativen wie die Alkoholverbrennung, die Solarenergie, Photovoltaik, Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie zeigen deutlich die wirtschaftlichen Chancen Mecklenburg-Vorpommerns in der Energiepolitik.

Darüber hinaus verfügt unser Land mit dem Max-Planck-Institut in Greifswald über ein weltweit anerkanntes Forschungsprojekt in der alternativen Energiegewinnung. Die dortige Kernfusionsforschung findet unsere aktive Unterstützung.

5. Ausbau der internationalen Vernetzung

Motor im Ostseeraum. Mecklenburg-Vorpommern ist das Tor Deutschlands nach Skandinavien, ins Baltikum und nach Westrussland. Wir befinden uns in der Mitte Europas. Diese zentrale Lage werden wir nutzen. Das bedeutet einen weiteren Ausbau unserer Häfen und unserer Logistikstrukturen. Die Vernetzung unseres Landes mit unseren Nachbarn ist die Voraussetzung für die Nutzung der zahlreichen wirtschaftlichen und kulturellen Möglichkeiten in diesem Wirtschaftsraum. Als Land werden wir den

klein- und mittelständischen Unternehmen verstärkt helfen, auf diesen Märkten Fuß zu fassen und damit ihre eigene wirtschaftliche Situation zu stabilisieren.

Es ist notwendig, dass die Politik die Vernetzung der Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen in diesen Regionen nachdrücklich unterstützt. Die Grundlagen für wirkungsvolle Kooperationen und Netzwerke werden dabei bereits im Bildungsbereich durch den Austausch von Schülern, Lehrern, Studenten und Wissenschaftlern gelegt. Die Verbesserung der Sprachkompetenz ist ein Wirtschaftsfaktor ersten Ranges. Sie erschließt den Unternehmen und den Mitarbeitern vieler Wirtschaftsbereiche in Mecklenburg-Vorpommern neue Märkte, Kunden und Perspektiven.

Ein international ausgerichtetes und mutiges Standortmarketing soll als eine der zentralen Aufgaben des Ministerpräsidenten einheimischen Unternehmen den Zugang zu internationalen Märkten erleichtern. Für die Existenz vieler Unternehmen sowie die Sicherung und den Ausbau ihrer Arbeitsplätze sind solche Hilfen der Landesregierung unerlässlich.

Die CDU wird prüfen, in Wirtschafts- und Finanzzentren Europas entsprechende Kontaktbüros zu eröffnen oder vorhandene Strukturen zu nutzen. Wir werden die Beziehungen zu unserer Partnerregion in Charlotte – Mecklenburg County (North Carolina, USA) wieder aufnehmen und damit Anschluss an eines der am stärksten wachsenden Wirtschafts- und Finanzzentren in den USA erhalten.

Für Mecklenburg-Vorpommern werden immer mehr Entscheidungen in Brüssel getroffen. Daher ist ein stärkeres Engagement des Landes bei der Europäischen Kommission und beim Europäischen Parlament in Straßburg und Brüssel unerlässlich. Es muss die Zugangsmöglichkeiten von Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Schulen zu europäischen Netzwerken erleichtern.

Dabei kommt dem Verbindungsbüro des Landes in Brüssel eine besondere Bedeutung zu. Das Personal für das Verbindungsbüro wird den zunehmenden Aufgaben entsprechend erhöht und qualifiziert. Es ist zudem aufgefordert, die Zusammenarbeit mit den Büros anderer Bundesländer zu suchen und auszubauen, um in übereinstimmenden Problemfeldern der europäischen Standortpolitik schlagkräftige strategische Allianzen zum Nutzen unseres Bundeslandes bilden zu können. Darüber hinaus werden wir besonders im Ostseeraum neue Kontaktbüros eröffnen und die vorhandenen ausbauen.

Landwirtschaft – Wirtschaft des ländlichen Raums

Auch in der globalisierten Welt bleibt für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern die Hauptaufgabe, gesunde Nahrungsmittel für unsere Verbraucher zu erzeugen. Dabei steht für uns die landwirtschaftliche Nutzung aller vorhandenen Flächen im Einklang mit der Verantwortung für den Schutz unserer Umwelt.

Eine technologieorientierte Energiepolitik findet ihre Fortsetzung in der Erzeugung nachwachsender Rohstoffe als umweltfreundliche Energie- und Stoffproduktion. Solche Alternativen sind stärker als bisher zu fördern. Sie bieten gleichzeitig neue Einkommenschancen für die Landwirtschaft.

Die CDU wird sich weiterhin für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und für den Abbau der Bürokratie einsetzen. Landwirtschaftliche Betriebe müssen wirtschaftlich erfolgreich sein, um ein ausreichendes Einkommen für die Landwirte zu sichern. Ziel unserer Politik ist die Harmonisierung von Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutzstandards. Im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen der Schutz der Verbraucher und die Interessen der Landwirte sowie faire Wettbewerbsbedingungen auf europäischer und internationaler Ebene.

Um unseren Landwirten und Bauern diese Chancen zu ermöglichen, müssen Wettbewerbsverzerrungen auch gegenüber anderen Bundesländern und Mitgliedsstaaten der Europäischen Union abgebaut werden. Chancengleichheit ist zu gewähren. Europäische Richtlinien werden in Mecklenburg-Vorpommern so umgesetzt, wie sie in Brüssel verabschiedet werden. Nicht mehr und nicht weniger. Dafür werden wir uns stark machen. Nationale Alleingänge im Bereich des Naturschutzes, des Gewässerschutzes, aber auch der Tierhaltungsverordnungen sind zurückzunehmen. Dies gilt für Bund und Land gleichermaßen.

Die Einführung einer „Kappungsgrenze“ für Ausgleichszahlungen ist mit uns nicht zu machen. Ebenso tragen wir die Erhöhung der Modulation im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik nicht mit.

Die CDU steht zu den im Oktober 2002 gefassten Beschlüssen des EU-Ministerrates zur gemeinsamen Agrarpolitik. Nur diese gewähren die ausreichende Finanzierung der Landwirtschaft bis 2013.

In der Landwirtschaft gibt es vielfältige Formen der

Bewirtschaftung. Alle Möglichkeiten und Chancen sollen dabei im Interesse der Verbraucher erschlossen und nutzbar gemacht werden. Am Besten ermöglicht das ein gleichberechtigtes Nebeneinander von konventionell und ökologisch wirtschaftenden Betrieben. Die jeweilige Nachfrage sollte der Wettbewerb der Verbraucher entscheiden und nicht die Politik.

Wir wollen auch die Möglichkeiten der Zukunft nutzen, soweit sie ethisch vertretbar sind und nicht in die Schöpfung eingreifen. Die Bio- und Gentechnologie muss in enger Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen und anerkannten Saatgutbetrieben weiterentwickelt werden.

Im Bereich der sozialen Sicherung müssen aufgrund des strukturellen Wandels in den Betrieben und der Bevölkerungsentwicklung neue Wege beschritten werden. Dafür werden wir im Bundesrat eintreten.

Ein wachsender Wirtschaftszweig in unserem Land ist die Ernährungsgüterindustrie. Ihre Zukunft zu sichern und sie weiter konsequent als Nahrungsmittlexporteur zu entwickeln, ist Ziel der Wirtschaftspolitik in diesem Bereich.

Fischerei im Einklang mit der Natur

Die Kutter- und Küstenfischerei sowie die Binnenfischerei sind traditionelle und landschaftspflegende Wirtschaftszweige. Diese Wirtschaftszweige gilt es zu erhalten und zu fördern. Die Probleme der Kutter- und Küstenfischerei liegen hauptsächlich in den ständig wechselnden Vorgaben aus Brüssel. Auf europäischer und Bundesebene müssen die Interessen der Fischer stärker als bisher vertreten werden. Naturschutzpolitische Fehlentscheidungen, die die Arbeit der Binnen- und Küstenfischer erschweren, müssen korrigiert werden. Fischerei ohne Fisch hat keine Zukunft. Wir sind darauf angewiesen, unseren Beitrag zum Schutz und zum Aufbau der Fischbestände durch wirksame und praxisgerechte Maßnahmen zu leisten.

Es muss uns endlich gelingen, die Komoranbestände so zu reduzieren, dass sie keinen großen wirtschaftlichen Schaden anrichten können. Gleichzeitig aber soll die Art erhalten bleiben. Klare regionale Absprachen zur Reduzierung der Komoranbestände sind erforderlich.

Auch die Fischerei verändert sich. Fischereipolitik und Fischbestände erfordern für die Fischer Einkommensalternativen. Eine solche Alternative sehen wir in der Förderung von Aquakulturanlagen.

Wie in allen anderen Bereichen unseres Landes ist es für die Fischer unerlässlich, alle unsinnigen und fachlich nicht begründeten bürokratischen Vorschriften abzubauen.

Die Sicherung der Zukunft der Küsten- und Binnenfischerei in Mecklenburg-Vorpommern ist auch abhängig von einer starken Vertretung des Landes gegenüber Brüssel. Ein ausgewogenes Quotenmanagement und eine ausgewogene Quotenvergabe sichert das Einkommen vieler Familien im Land. Dafür wie auch für eine gleichberechtigte Fangquotenvergabe innerhalb Deutschlands werden wir kämpfen.

Einschränkungen der Fischerei durch überzogenen Naturschutz wie z.B. die Wiederansiedlungsvorhaben von Kegelrobben erteilen wir eine Absage.

Die Neuverpachtung von landeseigenen Fischereigewässern soll an regionalen Kriterien ausgerichtet werden.

Urlaubsland Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg-Vorpommern pflegt einen naturbezogenen Tourismus. Die Erholungsgebiete sind so ausgerichtet, dass sie im Einklang mit der Natur ein Höchstmaß an Erholung garantieren und ihr natürliches Umfeld bewahren konnten. Die Gäste unseres Landes begrüßen den Erhalt von Natur, Landschaft, Ufer- und Küstenbereich.

In den folgenden Bereichen sehen wir Möglichkeiten zu einem weiteren Ausbau unserer touristischen Potenziale:

1. Nachhaltiges Wachstum durch Saisonenerweiterung
2. Ausbau des Landesmarketings

1. Nachhaltiges Wachstum durch Saisonverlängerung

Der Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern muss und kann nachhaltig wachsen. Hierüber entscheiden vor allem die Breite und die Qualität unserer Angebote. Nachhaltige Entwicklung des Tourismus und marktgerechte saisonverlängernde Maßnahmen bedingen einander. Voraussetzung für eine weiterhin erfolgreiche Tourismusbranche im Land ist die dauerhafte Bewahrung von Natur und Landschaft.

Die CDU wird dafür Sorge tragen, das Institutionschaos, die übermäßige Zahl an Zuständigkeitsebenen, Regionalegoismus und

die fehlende Kenntnis über Nachfragepotenziale im Tourismus abzubauen. Die sehr gute Entwicklung des Tourismus als Wirtschaftszweig in Mecklenburg-Vorpommern darf nicht beeinträchtigt werden. Deshalb lehnen wir beispielsweise den Braunkohleabbau in der Griesen Gegend im Landkreis Ludwigslust und den Luft-Boden-Schießplatz in der Kyritzer-Ruppiner Heide ab.

Mecklenburg-Vorpommern soll das Urlaubsland Deutschlands werden.

Freundlichkeit, gute Fremdsprachenkenntnisse der Mitarbeiter, Sicherheit durch den Bäderdienst der Polizei sowie viele ehrenamtliche Helfer und ein gutes Preis-Leistungsverhältnis sind wesentliche Qualitätsmerkmale des Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern. Der erlebte Standard bindet Gäste. Der Aufenthalt eines jeden Gastes soll zu mehr Mecklenburg-Vorpommern begeistern. Diesen Effekt auszubauen, ist eine dringende Aufgabe für die Zukunft. Mit dem Blick auf die zentrale Lage Mecklenburg-Vorpommerns im Ostseeraum werden wir auch im Tourismus ein besonderes Augenmerk auf den weiteren Ausbau der Fremdsprachenkenntnisse und der internationalen Kompetenz der Anbieter und ihrer Mitarbeiter legen. Das Land unterstützt künftig entsprechende Weiterbildungsangebote in der Nachsaison.

Hochwertige und überregional wahrnehmbare künstlerisch-kulturelle Angebote müssen ausgebaut werden. Sie steigern die Attraktivität einer Region und können die Saison verlängern. Hier gilt es, vorhandene Potenziale zu nutzen und Neues zu entwickeln. Einen wesentlichen Beitrag liefert die sorgfältige und qualitativ hochwertige Wiederherstellung der Bäderarchitektur.

Urlaub in Mecklenburg-Vorpommern wird durch diese Maßnahmen konsequent zu einer internationalen Marke entwickelt.

Der Bedarf an Möglichkeiten zur Freizeitausübung in der Natur wächst stetig. Damit nehmen unter anderem die räumliche Nutzungs- und Entwicklungsplanung auf der Ebene des Landes und der Gemeinden, die Ausweisung von Schwerpunktbereichen für den Tourismus und der naturorientierten Erholung, die Bereitstellung von Erholungsangeboten im Siedlungsbereich zur Entlastung der Landschaft sowie die Förderung des naturnahen Tourismus (z. B. Wasserwandern, Wandern, Radfahren, Reiten) weiter an Bedeutung zu.

Der Radtourismus in Mecklenburg-Vorpommern befindet sich auf einem dynamischen Wachstumspfad. Die Radwegeinfrastruktur, die Unterbringungs- und Ausleihmöglichkeiten für Radtouristen sowie die Serviceorientierung für die spezifischen Bedürfnisse der

Radtouristen werden kontinuierlich entwickelt.

Den Gesundheitstourismus und die Gesundheitswirtschaft bauen wir weiter konsequent zu einem Markenzeichen von Mecklenburg-Vorpommern aus. Gesundheitstourismus und Gesundheitswirtschaft sind Gesundheitsvorsorge. Insbesondere durch die naturnahe touristische Infrastruktur haben wir auf diesem Gebiet sehr günstige Voraussetzungen. Ziel muss eine noch stärkere Vernetzung der Angebote des Gesundheitstourismus mit den anderen touristischen Angeboten sein.

Ein gutes Konzept für den Wassertourismus soll aufeinander abgestimmte Angebote entwickeln und den Ausbau der naturnahen Wasserwege befördern.

Der Kreuzfahrttourismus benötigt bessere und vernetzte Angebote für die internationalen Passagiere der über 150 jährlich in Warnemünde anlegenden Kreuzfahrtschiffe.

2. Ausbau des Landesmarketings

Das landestouristische Marketing muss verstärkt werden. Unsere Erfolge als eine der beliebtesten deutschen Urlaubsregionen sind beachtlich. Bei einem stärkeren Engagement in der Werbung für Mecklenburg-Vorpommern als Urlaubsland sind noch mehr mögliche Gäste zu begeistern. Wir werden dafür das Landesmarketing für den Tourismus entscheidend ausbauen.

Die Bundesgartenschau 2009 in Schwerin wird durch die CDU aktiv unterstützt.

Wir betrachten auch den G8-Gipfel der Regierungschefs 2007 in Heiligendamm als Chance für das Land, um unseren Bekanntheitsgrad als guter und professioneller Gastgeber weltweit zu erhöhen.

Im Vorfeld des G8-Gipfels werden wir in Mecklenburg-Vorpommern zu einem „Treffen der Regionen“ einladen. Dabei sollen neue wirtschaftliche und touristische Entwicklungschancen insbesondere im Ostseeraum diskutiert werden.

Arbeits- und Ausbildungsplätze sichern und Arbeitslosigkeit abbauen

Drei grundlegende Prinzipien der aktiven Arbeitsmarktpolitik sollen die Wirtschaftspolitik des Landes begleiten:

1. Vorfahrt für Arbeit
2. Aktive Arbeitsmarktpolitik
3. Anwendung und Entwicklung alternativer Instrumente

1. Vorfahrt für Arbeit

Unser Land schöpft wieder Kraft und Hoffnung, wenn es uns allen gelingt, das Problem Nummer Eins für alle Bürgerinnen und Bürger anzupacken. Dabei müssen wir die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit endlich spürbar abbauen. Es wird in der Zukunft viel stärker auf Ideen ankommen, die vor Ort geboren und umgesetzt werden. Die Arbeitslosigkeit können wir senken, indem wir vorrangig mehr denn je unsere Kräfte dafür einsetzen, die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern und die Unternehmen zu unterstützen, die seit Jahren die verlässliche Basis unserer Wirtschaft bilden. Bei Neuansiedlungen ist eine stärkere Schwerpunktsetzung erforderlich.

Dafür bedarf es eines stimmigen Konzeptes der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik des Landes, das neben Neuansiedlungen verstärkt die einheimischen Möglichkeiten unterstützt und entwickelt. Vor allem die kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie das Handwerk unserer Heimat sind in der Lage, mit verbesserten Rahmenbedingungen hier ihre Arbeitsplätze zu sichern und den Personalbestand auszubauen. Um die heimischen Unternehmen in ihrer Entwicklung besser zu unterstützen, streben wir einen stärkeren Ausbau der Zusammenarbeit mit unseren Hochschulen an.

2. Aktive Arbeitsmarktpolitik

Die Herausforderungen und Chancen der EU-Erweiterung, der Wissensgesellschaft und der Bevölkerungsentwicklung werden wir annehmen. Daher sind alle Instrumente und Programme der Arbeitsmarktpolitik ständig zu überprüfen. Sie müssen den stetig wachsenden Herausforderungen der Wirtschaft angepasst werden. Eine zielgerichtete und auf den Bedarf der Unternehmen ausgerichtete aktive Arbeitsmarktpolitik ermöglicht die Wahrung der Beschäftigungschancen der Arbeitnehmer.

Wir werden Mecklenburg-Vorpommern zu einem Land der neuen Chancen machen – mit neuen und beweglichen Instrumenten und Programmen der Arbeitsmarktpolitik.

Sozial ist, was Arbeit schafft. Deshalb wollen wir mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze im ersten Arbeitsmarkt. Gemeinsam mit den Unternehmen und dem Handwerk, gemeinsam mit den Gewerkschaften werden wir alle Chancen dazu ausloten und nutzen. Wir treten für eine soziale Partnerschaft ein. Neue Instrumente bei der Zusammenführung von ICH-AG und Überbrückungsgeld dürfen nicht zu einem erneuten Verdrängungswettbewerb, insbesondere im Handwerk, führen.

Wir werden gemeinsam mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften in unserem Land dafür sorgen, dass jeder Jugendliche, der eine Ausbildung anstrebt, ein Angebot für einen Ausbildungsplatz oder für eine überbetriebliche Ausbildung erhält. Durch eine intensive, verantwortliche und den Einzelnen fördernde Schulausbildung werden wir dafür Sorge tragen, dass jeder junge Mecklenburger und Vorpommer eine wirkliche Chance auf eine berufliche Ausbildung bekommt. Damit junge Menschen in ihrer Heimat eine Zukunft haben, brauchen sie eine gute Schulbildung, einen Ausbildungsplatz und Arbeitsmöglichkeiten.

3. Alternative Instrumente anwenden und entwickeln

Die hohe Arbeitslosigkeit gering qualifizierter Menschen ist ein strukturelles Problem unseres Landes und keine Folge der Globalisierung. Wir nutzen die Erfahrungen anderer Länder, um besondere Programme zur Wiedereingliederung von gering qualifizierten Arbeitnehmern wirksam auf den Weg zu bringen.

Förderprogramm für erfahrene Arbeitnehmer. In unserem Land sind 26,1 Prozent der Arbeitslosen über 50 und 10,3 Prozent über 55 Jahre alt. Eine gezielte Unterstützung zur Teilhabe am Arbeitsleben ist umso wichtiger, wenn man beachtet, dass 21.500 Langzeitarbeitslose in Mecklenburg-Vorpommern über 50 Jahre alt sind. Deren großen Erfahrungsschatz müssen wir wieder nutzen. Viele dieser Arbeitnehmer wollen noch arbeiten und sich einbringen. Wer das kann und möchte, soll die Möglichkeit bekommen, in den Arbeitsprozess zurückzukehren. Gezielte Programme wie „50 Plus“ und „50 Plus für ehrenamtlich Engagierte“ können einen aktiven und erfüllten Weg in die Zeit nach dem Arbeitsleben ermöglichen. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik muss ansetzen, wo besondere Förderung notwendig und sinnvoll ist – im Interesse der Unternehmen, des Handwerks und der Arbeitnehmer.

Mehr Arbeit durch Kombi-Lohn. Viele Unternehmen könnten neue

Mitarbeiter einstellen. Die Kostensituation lässt dies aber oft nicht zu. An dieser Stelle kann der Staat einspringen und gezielt die Einstellung neuer Mitarbeiter fördern. Alle Förderungen von Langzeitarbeitslosen und Geringqualifizierten werden erfolgreich sein, wenn es uns gelingt, die Kräfte unseres Landes zu nutzen und in die Erhaltung und Schaffung erstklassiger Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung umzusetzen. Die CDU wird alle Bestrebungen der Bundesregierung unterstützen, in Deutschland ein Kombi-Lohn-Modell einzuführen. Dabei bieten wir an, in Mecklenburg-Vorpommern ein solches Modell zu testen, damit wir hier so schnell wie möglich von den positiven Effekten profitieren können.

Praktische Ideen nach Bedarf. Eine intensive Fremdsprachenförderung schon in der Ausbildung und als berufsbegleitendes Programm oder Initiativen zur Beschäftigung von Hochschulabsolventen aus unserem Land als Assistenten der Geschäftsführung in klein- und mittelständischen Unternehmen, die Unterstützung von transnationalen Projekten in Form eines Austausches von Auszubildenden sind eine Auswahl von Ideen. Mehr solcher praktischen Ideen sind gefragt. Wir wollen Unternehmen und Weiterbildungsträger ermutigen, solche Ideen zu entwickeln, vorzutragen und dafür Partner zu gewinnen.

Kräfte zusammenführen. Die Forderung bleibt bestehen, weil sie in den vergangenen Jahren nicht berücksichtigt wurde. Die Wirtschafts- und die Arbeitsmarktförderung des Landes müssen für alle Beteiligten überschaubarer werden. Dazu gehört weiterhin eine Zusammenführung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. So erreichen wir nicht nur eine weit reichende Bündelung der Existenzgründerförderung. Zur Entwicklung wirksamer Konzepte ist ein koordiniertes Vorgehen der Landespolitik mit den regionalen und überregionalen Wirtschaftsförderern notwendig. Alle Institutionen der überregionalen Wirtschaftsförderung werden in einer Wirtschaftsfördergesellschaft zusammengefasst und wirkungsvoll mit den regionalen Wirtschaftsförderern verbunden. Auch hier wollen wir einen neuen Stil des Miteinanders und der Vernetzung in unser Land hineintragen.

Familienfreundliche Unternehmen. Motivierte und zufriedene Mitarbeiter sind Erfolgsgaranten für jedes Unternehmen. Beschäftigte sind oftmals Väter und Mütter, die neben ihrem Beruf verantwortungsvoll für eine Familie sorgen. Für die Familie und für die Unternehmen wird es künftig mehr darauf ankommen, in der Arbeitszeitgestaltung und in der Mitarbeiterführung auf die doppelte Verantwortung dieser Beschäftigten Rücksicht zu nehmen. Wir befürworten Regelungen in den Betrieben, die jungen Müttern nach dem Mutterschutz den Zugang zu ihrem alten Arbeitsplatz

erleichtern oder ihnen eine neue Aufgabe mit Entwicklungsmöglichkeiten anbieten. Wir befürworten bewegliche Teilzeitmöglichkeiten und Telearbeit, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Wir begrüßen das Verständnis der Arbeitgeber für Beschäftigte, die sich engagiert um ihre Kinder oder Angehörigen kümmern. Unternehmen, in denen Mitarbeiter dieses Verständnis für ihre persönlichen Umstände spüren, werden in der Zukunft die erfolgreichsten im Land sein. Wir wollen Unternehmen ermutigen, mit ihren Möglichkeiten Verantwortung zu übernehmen, damit in Mecklenburg-Vorpommern wieder mehr Kinder geboren werden. Schon heute werden in CDU-geführten Landkreisen „familienfreundliche Unternehmen“ als solche ausgewiesen und geehrt.

Bundespolitik beeinflussen. Viele arbeitsmarktpolitische Maßnahmen werden durch die Europäische Union und die Bundesregierung auf den Weg gebracht. In diesem Prozess muss sich das Land Mecklenburg-Vorpommern stärker engagieren, damit bedarfsgerechte Arbeitsmarktmaßnahmen die regionale Wirtschaft besser unterstützen. Dazu zählt vor allem, dass die Kommunen vor Ort mehr Einfluss auf die Vermittlung von Arbeitslosen bekommen. Das lassen die Gesetze bereits zu. Vor Ort soll entschieden werden, was vor Ort entschieden werden kann. Wir sind überzeugt, dass dies auch auf die Arbeitsvermittlung zutrifft. Wir begrüßen und unterstützen alle Bemühungen der Bundesregierung, die durch eine Verbesserung der Situation der Gesundheits-, der Renten- und Pflegekassen Möglichkeiten für Unternehmen eröffnen, mehr Arbeitnehmer einzustellen, für die Beschäftigten die Einkommenssituation zu verbessern und die Schwarzarbeit dadurch wirksamer zu bekämpfen. Wir werden uns im Interesse unserer kleinen und mittelständischen Unternehmen und insbesondere unserer Handwerksbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern für ein wirksames Forderungssicherungsgesetz einsetzen.

Kinder und Familien – unsere Zukunft

Kinder und Familien bilden die Lebens- und Entwicklungsgrundlagen unserer Gesellschaft.

Nicht nur durch finanzielle Zuschüsse, sondern durch eine aktive Politik in allen Bereichen, die Familien und Kinder als Selbstverständlichkeit und Bereicherung erleben, wollen wir Mecklenburg-Vorpommern zu einem Land machen, in dem Familien und Kinder ausgesprochen willkommen sind.

Kinder sind immer eine Bereicherung für unseren Alltag, sie sind ein erwünschtes Ziel aller.

Ein an der Geburten- und Kinderzahl ausgerichteteres Betreuungsangebot erleichtert es Frauen und Männern, Beruf und Familie zu vereinbaren. Für Eltern soll die Wahlfreiheit von Lebensentwürfen gelten. Dazu gehört die Vereinbarkeit von Ausbildung, Studium, Beruf und Familie genauso wie die Entscheidung, Kinder längere Zeit selbst zu Hause zu betreuen. Im Mittelpunkt steht immer das Kindeswohl. Der Staat unterstützt Eltern dabei durch vielfältige Bildungs- und Betreuungsangebote.

Eine zukunftsfähige und nachhaltige Familienpolitik verstehen wir als Politik für alle Generationen. So wollen sie gestalten. Die Chancengleichheit und Solidarität der Generationen muss gewährleistet sein. Sehr oft leisten unsere älteren Mitbürger eine unschätzbare und unverzichtbare Hilfe in den Familien.

Wir wollen:

1. dass Elternbeiträge wegfallen; die Entwicklung der Kinder uneingeschränkt fördern,
2. die Familien fördern,
3. die Jugend ernst nehmen
4. eine moderne Frauenpolitik und
5. Aktivsein im Alter fördern.

1. Wegfall der Elternbeiträge – Entwicklung der Kinder uneingeschränkt fördern

Unabhängig vom sozialen Status ihrer Eltern erhalten alle Kinder die gerechte Chance, von Anfang an ihre eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten zu entwickeln. Dabei wollen wir sie unterstützen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Bei Bedarf werden sie stärker gefördert und unterstützt. Das beinhaltet die Schaffung beziehungsweise den Ausbau von Angeboten im Bereich der frühkindlichen Betreuung und Bildung. Der konsequente Ausbau der Förderung frühkindlicher Bildung bis zum sechsten Lebensjahr ist ein Ziel der CDU zur Verbesserung der Betreuungs- und Bildungssituation in den Kindertagesstätten. Die Förderung wird im Anschluss in der Grundschule und den nachschulischen Betreuungsangeboten bis zum zehnten Lebensjahr konsequent fortgesetzt.

Wir setzen uns das Ziel, die Eltern von den Kosten für die Kindertagesbetreuung zu befreien. Damit soll für alle Kinder der ungehinderte Zugang zu den Kindertageseinrichtungen ermöglicht werden.

Wir begrüßen Betriebskindergärten oder Betriebsbeteiligungen an Kindertageseinrichtungen als Maßnahmen, die familienfreundliche Unternehmen auszeichnen können, wobei aufgrund seiner Größe und Struktur nicht jedes Unternehmen eine solche Einrichtung vorhalten kann. Gleichzeitig sind die Kindertageseinrichtungen aufgefordert, sich in einem stärkeren Maße auf die Umstände der heutigen Arbeitswelt einzustellen.

Gerade in den dünn besiedelten Regionen des Landes kommt der Tagespflege sowie den Tagesmüttern und -vätern eine besondere Bedeutung zu. Durch entsprechende Fort- und Weiterbildungsangebote wollen wir sicherstellen, dass diese Betreuungsform die notwendigen Bildungs- und Erziehungsstandards in gleichem Maße einhalten kann.

2. Familien fördern

Familien brauchen Unterstützung und Beratung. Zahlreiche alltägliche Belastungen bringen Beziehungen in ernsthafte Schwierigkeiten. Die vielfältigen Einflüsse, denen Kinder heute ausgesetzt sind, führen bei Eltern häufig zum Wunsch nach Beratung. Wir wollen die Familienberatung und die Familienbildung ausbauen und vernetzen. Bereits in der vorschulischen und schulischen Bildung soll das Thema Familie altersgerecht behandelt werden: Kinder erlernen zum Beispiel

Konfliktbewältigungsstrategien. Solche Maßnahmen helfen, Familie als ein erstrebenswertes Ziel der eigenen Lebensplanung zu erkennen. Hier kann z. B. die Aktion „Eltern stark machen“ helfen. Diese Initiative leistet in der Bewältigung auftretender Probleme bei der Kindererziehung wertvolle Hilfen. Nicht die großen staatlichen Maßnahmen helfen den Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder – es sind vor allem lokale Bündnisse für Familien vor Ort. Dort, wo die Menschen sich kennen und vertrauen, wird Hilfe angenommen und kann so zum Erfolg führen. Familien, insbesondere Frauen und Kinder, erfahren aktive Unterstützung und Schutz, wenn sie wirksam vor häuslicher Gewalt bewahrt werden können. Entsprechende Beratungs- und Betreuungsangebote werden auch weiterhin unterstützt und ausgebaut.

All diese Maßnahmen können nicht das positive Erlebnis zu Hause ersetzen.

3. Jugend ernst nehmen

Die Eigenverantwortung der Jugend werden wir durch ihre aktive Einbeziehung in die Strukturen der Gesellschaft und durch das Übertragen von Verantwortung stärken. Dabei gilt es, Politik mit und für die Jugend als Aufgabe aller Politikbereiche zu erkennen. Sie fängt in der Schule an, erstreckt sich über die Sport- und die anderen vielen Freizeitvereine, über die Familie bis hin zu einem Ausbildungsplatz und damit zu einer sicheren Zukunft.

Durch unsere Familien-, Kinder- und Jugendpolitik wollen wir das Selbstbewusstsein der jungen Menschen fördern und ihnen eine Perspektive geben. Nur dann bleiben sie in Mecklenburg-Vorpommern und werden engagierter Teil unserer Gemeinschaft.

Besondere Schwerpunkte der vorbeugenden Aufklärung bilden soziale Brennpunkte im Land. Kinder sozial benachteiligter Familien benötigen in der Schule und nach der Schule durch besondere Förderangebote einen Nachteilsausgleich, damit für sie die Chancengerechtigkeit gewahrt bleibt.

Kindern von Aussiedlern wollen wir helfen, sich besser in die deutsche Gesellschaft zu integrieren und sie mit besonderen Spracherwerbsangeboten dabei unterstützen.

Wir wollen vor allem vorbeugende Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes konsequent um- und durchsetzen.

1. Die CDU steht für die Einführung eines **allgemeinen Rauchverbotes an Schulen**. Es gilt gleichermaßen für Schüler, Lehrer und Eltern. Schule wird in Mecklenburg-

Vorpommern, wie auch schon in anderen Bundesländern, mit der CDU zur rauchfreien Zone.

2. Eine viel stärkere Beachtung muss der **Drogen- und Alkoholmissbrauch** unter Jugendlichen finden. Den Handel fordern wir auf, über strikte Kontrollen die Vorgaben des Jugendschutzes einzuhalten. Eltern, Lehrer und Erzieher wie unsere ganze Gesellschaft sind aufgefordert, bereits bei den ersten Anzeichen von missbräuchlichem Alkohol- und Drogenkonsum zu reagieren. Entsprechende Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen für Lehrer und Erzieher werden verstärkt angeboten.
3. Über den **Sport** können wertvolle Angebote der Freizeitbeschäftigung, der Gewaltprävention, der Förderung sozialer Fähigkeiten und Gesundheitsprävention eröffnet werden.
4. Mit unserer Initiative „Begleitendes Fahren ab 17“ wollen wir die Verkehrssicherheit für jugendliche Verkehrsteilnehmer erhöhen. Bei dem erfolgserprobten Modell in anderen Bundesländern geht es darum, Jugendlichen nach der bestandenen Führerscheinausbildung und dem vollendeten 17. Lebensjahr die Möglichkeit einzuräumen, unter Aufsicht ein Jahr lang Fahrpraxis zu sammeln.

4. Unsere Schritte zu einer modernen Frauenpolitik

Die CDU steht für Gerechtigkeit in allen politischen Handlungsfeldern. Mädchen und Jungen, Frauen und Männer sollen von der Politik gleichermaßen profitieren. Das Berufswahlverfahren der Jugendlichen wird durch eine qualifizierte Beratung begleitet. Unser christliches Menschenbild ist die Grundlage für die Vorbereitung der Mädchen und Jungen auf partnerschaftliche Beziehungen, auf Ehe und Familie.

Die Aus- und Weiterbildung soll auf die unterschiedlichen Anforderungen von Frauen und Männern ausgerichtet sein. Fortbildungsangebote erleichtern den Wiedereinstieg in den Beruf nach der Elternzeit.

Beratungs- und Unterstützungsgruppen gegen häusliche Gewalt, sexuellen Missbrauch, Menschenhandel und Prostitution werden gebraucht.

Die Beratungssysteme für Mütter, Väter und Schwangere werden wir erhalten.

5. Aktivsein im Alter – mitmachen und dranbleiben

Es ist selbstverständlich, dass Senioren eine gleichberechtigte und aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird. Wir werden weiter ihr selbst bestimmtes, eigenverantwortliches Leben bis ins hohe Alter fördern. Dabei kommt es zunehmend wieder darauf an, das Zusammenleben der Generationen zu ermöglichen. Ältere Menschen gewinnen zusammen mit jungen Menschen an Lebensfreude – und junge Menschen profitieren von der Lebenserfahrung ihrer älteren Familienmitglieder oder Nachbarn. Netzwerke außerhalb von Familienstrukturen sollen denjenigen Hilfe und Unterstützung sein, deren Familien weit verstreut sind. Selbsthilfegruppen und Wohnprojekte älterer Menschen müssen stärker als bisher gefördert werden. Ein bedarfsgerechtes Wohnumfeld erhöht die Lebensqualität unserer älteren Mitbürger. Bei der Gestaltung dieses Umfeldes achten wir stärker als bisher darauf, altersbedingte Einschränkungen zu berücksichtigen. Projekte wie Mehrgenerationenhäuser finden dabei unsere Begleitung und Unterstützung.

Wir werden uns bemühen, die Erfahrungen und die enormen Potenziale einer stark wachsenden Generation zu gewinnen. Dank des medizinischen Fortschritts, einer besseren Gesundheitsfürsorge ist unsere Lebenserwartung angestiegen. Für viele Bürgerinnen und Bürger fängt mit der Rente ein neuer, interessanter Lebensabschnitt an. Einige wollen ihn ganz für sich privat nutzen, andere wollen sich weiter engagieren. Den einen wollen wir mit mobilen Freizeitangeboten ihr wohlverdientes Recht auf Freizeit und Frohsinn im Alter leicht und leistbar machen. Den anderen wollen wir die Möglichkeit einräumen, sich freiwillig für andere zu engagieren: in Vereinen, in der Schule, in Kindertageseinrichtungen und in vielfältigen anderen Projekten. Die Voraussetzungen für dieses Engagement können im Rahmen des lebenslangen Lernens gewonnen werden. Daher wird das EFI-Programm (Erfahrungswissen für Initiativen) zur Ausbildung von Senior-Trainern und Seniorenakademien fortgeführt.

Wir wollen die Tatkraft unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht ungenutzt lassen und ihre aktive Teilnahme am Leben fördern. Dazu zählt insbesondere die Einbindung älterer Menschen ins Berufsleben.

Leistungsorientierte und verlässliche Bildung

Vielfalt und Leistungsfähigkeit, Wettbewerb und Förderung müssen wesentliche Elemente unseres Bildungs- und Ausbildungssystems sein. Grundlagen unserer Bildungspolitik sind das Prinzip der Chancengerechtigkeit und das Leistungsprinzip: Chancengerechtigkeit erfordert, die Verschiedenheit der Menschen in ihren Begabungen, Leistungen und ihrem sozialen Herkommen zu berücksichtigen. Sie kann nur durch die Förderung der Anlagen jedes Einzelnen erreicht werden.

Das Leistungsprinzip verlangt, dass die Leistungsmöglichkeiten des Einzelnen gefordert und gefördert werden und dass alle für ihre Leistung die gebührende Anerkennung erhalten.

Die CDU bekennt sich zur Förderung von privaten Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen als sinnvolle Ergänzung zum staatlichen Bildungssystem.

Eine verlässliche Schulpolitik für Mecklenburg-Vorpommern

Um allen Kindern in Mecklenburg-Vorpommern die besten Chancen für ihr Leben einzuräumen, wird sich unsere Bildungspolitik durch folgende Maßnahmen auszeichnen:

1. Schluss mit der Strukturbastelei!
2. Kinder auf das wirkliche Leben vorbereiten
3. Autorität wieder erarbeiten können
4. Unterstützungssystem für Lehrer und Schüler
5. Duale Ausbildung durch leistungsfähiges Berufsschulnetz
6. Lebenslanges Lernen konsequent ausbauen

1. Schluss mit der Strukturbastelei!

Wir vertrauen auf die Kreativität unserer Lehrerinnen und Lehrer für die Gestaltung eines guten Unterrichts in unserem Land. Zunehmend hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass eine Bildungspolitik, die sich nur auf Strukturfragen beschränkt, wenig Aussicht hat, den von ihr erwarteten Beitrag zu einer erstklassigen Schule zu leisten. Erstklassige Schule ist unter den verschiedensten strukturellen Bedingungen möglich.

Erstklassige Schule zeichnet sich für die CDU aus durch:

- 1. einen hervorragenden und leistungsorientierten Unterricht,**
- 2. gegenseitigen Respekt und gegenseitige Achtung von Lehrern, Schülern und Eltern,**
- 3. verbindliche Maßstäbe,**
- 4. das Anknüpfen an die Stärken des einzelnen Schülers,**
- 5. eine freundliche und ermutigende Atmosphäre, die Kinder in ihrem Selbstwertgefühl bestärkt, ihre Neugier stillt und bei alledem Freude am Lernen vermittelt.**

Unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen ist es nicht gewährleistet, dass die Zusammenführung der fünften und sechsten Klassen an Regionalen und Gesamtschulen die gewünschten Ergebnisse bringen wird. Aus diesem Grund ist es für die CDU ausgeschlossen, dieses Experiment auf die siebenten und achten Klassen auszudehnen. In jedem Fall muss sichergestellt sein, dass die Bildungsabschlüsse unserer Schüler in allen anderen Bundesländern Anerkennung finden und nicht zu einer Benachteiligung von jungen Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern führen.

Die Schaffung optimaler Lern- und Unterrichtsbedingungen an allen Schulen steht in den kommenden fünf Jahren im Mittelpunkt der Bildungspolitik. Strukturelle Entscheidungen werden erst dann wieder getroffen, wenn sie nachweislich mit sichtbaren und nachhaltigen Effekten für die innere Entwicklung der einzelnen Schule verbunden sind. Mit der CDU ist die Strukturbastelei der vergangenen Jahre zu Ende!

In einer **Enquetekommission des Landtages** werden wir mit allen an Schule beteiligten gesellschaftlichen Kräften Empfehlungen für eine Bildungspolitik erarbeiten, die länger als eine Wahlperiode Bestand haben wird. Besonders in den Schulen sind wir auf die Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer, der Eltern und der Schüler angewiesen. Nur eine Politik, die mit den unmittelbar

Beteiligten entwickelt wurde und von ihnen umgesetzt werden kann, findet Akzeptanz und führt zu guten Ergebnissen für alle.

Eine ganzheitliche Bildung bedeutet die ganzheitliche Prägung der Kinder und Jugendlichen, die den Lehrerinnen und Lehrern durch die Eltern anvertraut werden. Lehrer und Eltern müssen gemeinsam die Verantwortung für die Bildung und Erziehung der Kinder übernehmen. Bildung ist nicht nur die Vermittlung von Wissen, sondern ebenso die Erziehung zu Menschen, die für andere Menschen da sein können, die anderen Menschen Respekt und Achtung entgegenbringen.

Jede Schule muss sich ihrem Umfeld entsprechend kontinuierlich weiterentwickeln können.

Die Selbstständigkeit der Schulen werden wir ausbauen. Wir bieten ihnen den Raum für eine eigenständige Profilierung. Schüler, Eltern und Lehrer sollen gemeinsam ihre Schule gestalten und dafür die Verantwortung übernehmen. So bleibt jede Schule vor Ort ein Mittelpunkt der Gemeinde, der Stadt oder eines Stadtteils. Dafür müssen sie in Ruhe arbeiten können. Wir brauchen endlich Planungssicherheit für unsere Schulen über ein Schuljahr hinaus. Nur dadurch wird es möglich, alle Kinder durch eine leistungsorientierte Bildung optimal auf ihre Zukunft vorzubereiten. Durch einen echten Ausbau der Selbstständigkeit von Schule wird es gelingen, den Unterrichtsausfall auf ein vertretbares Maß zu begrenzen und einen fachgerechten Unterricht abzusichern. Eine zukunftsichere Schule vor Ort kann den Schülern ein pädagogisch gewachsenes Unterrichtsangebot ermöglichen. Die CDU wird darauf hinwirken, die frühkindliche Bildung in den Kindergärten, die Grundschule, die Regionale Schule und die gymnasiale Bildung besser aufeinander abzustimmen, kindgerecht und leistungsorientiert auszugestalten. Wir wollen in unserem Flächenland, besonders für die Grundschüler, eine wohnortnahe Beschulung sicherstellen.

2. Kinder auf das wirkliche Leben vorbereiten

Das Berufsleben vieler Menschen ist heute durch einen häufigen Wechsel der Arbeitsstellen und der Berufe gekennzeichnet. Auf diese Arbeitswelt müssen junge Menschen vorbereitet sein. Eine starke und selbstbewusste Persönlichkeit ist eine unschätzbare Hilfe, um sich diesen Herausforderungen zu stellen. Alle Kinder werden ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten entsprechend gefordert und gefördert. Wir wollen die Schwächen und Stärken erkennen und dem Kind so gut wie möglich helfen, sich auf seinen Weg zu begeben, selbstständig und erfüllt sein Leben zu bestreiten.

Dadurch werden wir die Zahl der jungen Menschen verringern, die ohne Schulabschluss oder mit schlechten Abgangszeugnissen die Schule verlassen. Damit wollen wir einen entscheidenden bildungspolitischen Beitrag zur Steigerung der Berufsausbildungsreife der Schüler leisten.

Klare Kriterien werden über den Zugang zum Gymnasium entscheiden.

Auch dürfen wir die Leistungsstarken nicht sich selbst über- und so zurücklassen. Diese jungen Menschen müssen wir motivieren, fördern und befähigen, für andere mehr Verantwortung zu übernehmen. Auf dem Gymnasium sollen diese Schüler gezielt auf das Studieren vorbereitet werden. Hochbegabten Schülern sind schon frühzeitig Angebote zur Förderung ihrer besonderen Fähigkeiten zu machen. Dafür müssen die Fähigkeiten aller Lehrer und Erzieher verbessert werden, um solche Begabungen so früh wie möglich zu erkennen.

Schule muss wieder auf das wirkliche Leben vorbereiten. Um diese Anforderungen zu bewältigen, werden wir konsequent die Rahmenpläne entrümpeln. Die Schüler brauchen wieder mehr Zeit, um das erworbene Wissen zu festigen, zu üben und anzuwenden.

Nur durch eine gute Ausbildung aller jungen Menschen wird es uns gelingen, unser Land zu stärken. Gemeinsam mit gut ausgebildeten jungen und erfahrenen älteren Menschen wird sich Mecklenburg-Vorpommern beständig weiterentwickeln.

3. Autorität wieder erarbeiten können

Lehrer müssen Autorität besitzen. Ihre Autorität, die auf erzieherischen und fachlichen Kompetenzen beruht, wird die Akzeptanz der Lehrer in der Gesellschaft weiter erhöhen. Das Lehrpersonalkonzept führte insbesondere durch die flächendeckende Teilzeitregelung zum Autoritätsverlust der Lehrerschaft. Nicht nur gesicherte Strukturen sind eine zwingende Voraussetzung für einen guten Unterricht, sondern ebenso stabile und motivierte Lehrerkollegien. Die CDU wird alle Möglichkeiten ausschöpfen, um Lehrer rechtlich so abzusichern, dass sie in jedem Fall ihre pädagogischen Ermessensspielräume ausnutzen können. Sie müssen in der Lage sein, ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag umsetzen zu können.

Wir wollen die Voraussetzungen für die Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufes in Mecklenburg-Vorpommern schaffen, damit

mehr junge Lehrer in den Schuldienst gehen. Ältere Lehrer brauchen die Gewissheit, mit ihren Erfahrungen weiterhin im Schuldienst gebraucht zu werden. Die Angst um den Arbeitsplatz darf ihre Motivation für die Arbeit mit Kindern nicht beeinträchtigen. Das Lehrerpersonalkonzept muss deshalb durch die Tarifpartner grundsätzlich neu gestaltet werden. Dabei stehen die Bedürfnisse der Kinder und die Anforderungen an einen erstklassigen Unterricht im Mittelpunkt. Durch den zwingend gebotenen Abbau des Lehrertourismus müssen stabile Lehrerkollegien gewährleistet werden, damit Schulen noch besser arbeiten können.

Kinder brauchen Lehrer als Vertrauenspersonen. Erziehung ist nur durch eine vertrauensvolle Beziehung möglich. Ein neu ausgestaltetes Lehrerpersonalkonzept muss diesen pädagogischen Grundsatz zwingend berücksichtigen. Er ist die Grundvoraussetzung für erfolgreiches Lernen, für einen erstklassigen Unterricht, für erstklassige schulische Erziehung und damit für erstklassige Schule.

Wir wollen den Lehrerinnen und Lehrern mehr Unterstützung und Hilfe für ihre Arbeit geben. Das muss nicht immer Geld kosten: Wir begrenzen die bürokratischen Anforderungen für Lehrer und Schulleitungen auf das erforderliche Minimum. Über einen Abbau bürokratischer und statistischer Verpflichtungen werden wir die Lehrerinnen und Lehrer in die Lage versetzen, sich intensiver um ihre Schüler zu kümmern. Mit einem qualitativ ausgeweiteten Fort- und Weiterbildungsprogramm werden wir die Möglichkeit schaffen, Lehrern das notwendige Rüstzeug zu vermitteln, damit sie mit ihren alltäglichen Herausforderungen noch besser umgehen können. Ebenso werden sie durch eine umfassende Fortbildungsinitiative besser in die Lage versetzt, ihren Unterricht selbstkritisch zu betrachten und zu optimieren. Die Wertevermittlung in Form des Religions- oder Philosophieunterrichts muss endlich an allen Schulen des Landes sichergestellt werden. Hier werden bei den Schülern neben der Erziehung im Elternhaus die Werte und Normen vermittelt, die in unserer Gesellschaft Geltung haben. Die Wertevermittlung kann sich aber nicht nur auf diese beiden Fächer beschränken. Sie ist Aufgabe von allen.

4. Unterstützungssystem für Lehrer und Schüler

Neben der Einführung von Kopfnoten für Mitarbeit, Ordnung, Fleiß und Betragen und einem Ausbau von wirksamen Disziplin- und Ordnungsmaßnahmen werden wir schrittweise ein Verhaltensunterstützungssystem entwickeln und einführen.

Dieses Unterstützungssystem soll jedem einzelnen Lehrer helfen, bei Disziplinproblemen im Unterricht schnell und unbürokratisch

Hilfe zu erhalten. So soll für alle lernbereiten Schüler ein störungsfreier, reibungsloser und interessanter Unterricht sichergestellt werden. Schülern mit Verhaltensproblemen wird durch speziell ausgebildete Lehrkräfte und Sozialpädagogen im Rahmen der Schul- und Sozialarbeit außerhalb des regulären Unterrichts konkrete Hilfe zur Bewältigung ihrer Probleme gegeben.

5. Duale Ausbildung durch leistungsfähiges Berufsschulnetz

Die bestandsfähigen Berufsschulstandorte müssen zu selbstständigen, fachlich profilierten Kompetenzzentren entwickelt werden. Bei der Schulentwicklungsplanung dieser Schulart werden wir die Interessen der ausbildenden Wirtschaft ausdrücklich berücksichtigen.

Es gilt neue, qualitativ anspruchsvolle und zukunftsweisende Berufsfelder einzuführen und zu entwickeln, um damit den wirtschaftlichen Strukturwandel in Mecklenburg-Vorpommern zu unterstützen.

Dazu ist es erforderlich, die vollzeitschulische Berufsschulbildung als einen festen Bestandteil der beruflichen Bildung weiterzuentwickeln und durch entsprechende Kammerprüfungen anzuerkennen.

Wir wollen verbindliche Qualitätsstandards für alle Ausbildungspartner (Berufliche Schulen, Ausbildungsbetriebe und Ausbildungsträger) einführen, damit die berufliche Ausbildung auf einem hohen Niveau gewährleistet wird.

6. Lebenslanges Lernen konsequent ausbauen

Volkshochschulen, Abendgymnasien, Angebote privater und staatlicher Weiterbildungsträger sind unverzichtbar hinsichtlich des weiteren Ausbaus umfassender Angebote für das lebenslange Lernen. Dabei geht es um das Erreichen neuer Qualifikationen, aber auch um die Verbesserung der Bildungsgrundlagen. Wir wollen alle ermutigen, auf ihre Fähigkeiten und Potenziale zu vertrauen und sich neuen Bildungsherausforderungen zu stellen. Wir wollen es allen Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, sich zu jedem Zeitpunkt in ihrem Leben so gut und so umfassend wie möglich zu bilden.

An allen Bildungseinrichtungen arbeiten Menschen, die bereit sind, jeden Einzelnen dabei zu unterstützen und voranzubringen. Alleine die Aufforderung zur Bereitschaft, sich dem lebenslangen Lernen zu

stellen, reicht nicht aus. Konkrete und umfangreiche Angebote müssen einen Anreiz bieten, diese Herausforderung der Wissensgesellschaft anzunehmen und persönlich umzusetzen.

Hochschulen voranbringen

Einheit und Freiheit von Forschung und Lehre bleiben eine notwendige Voraussetzung für die hohe Qualität akademischer Ausbildung und für wissenschaftliche Leistungen in der Forschung. Der Ausbau der Hochschulen muss den stetig steigenden Studentenzahlen angepasst werden. Wir betrachten steigende Studentenzahlen als Chance für unser Land und müssen mit ihnen die Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen erhöhen.

1. Hochschulstrukturen entwickeln und Autonomie stärken
2. Weiterentwicklung der medizinischen Forschung und Ausbildung
3. Solide Ausstattung für leistungsfähige Strukturen
4. Studenten und wissenschaftlichen Nachwuchs fördern
5. Forschung sichert Zukunft

1. Hochschulstrukturen entwickeln und Autonomie stärken

Die Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern sind die Entwicklungszentren des Landes. Neben der starken regionalen Bedeutung sorgen die Hochschulen dafür, dass junge Menschen unseres Landes in ihrer Heimat studieren können, aber auch andere in unser schönes Land kommen. Wir brauchen leistungsfähige Hochschulen, die dafür sorgen, dass junge und leistungsbereite Bürger mit einer qualifizierten Ausbildung ihr erworbenes Wissen für die Zukunftsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern einsetzen.

Der Ausbau der Hochschul- und Forschungseinrichtungen zu modernen und konkurrenzfähigen Forschungs- und Lehrstätten wird von der CDU konsequent fortgesetzt. Es geht dabei um die Attraktivität des Wirtschafts- und Bildungsstandortes Mecklenburg-Vorpommern. Es geht um die Zukunft tausender Arbeitsplätze, um die Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns. Bildung und Wissenschaft, Hochschule und Technologie gehören zu unseren zentralen Entwicklungschancen und sind deshalb Voraussetzung für einen Strukturwandel und die langfristige Lebensfähigkeit des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Der Ausbau und die Profilierung der Hochschulen müssen so erfolgen, dass sie sowohl in der personellen als auch materiellen

Ausstattung national und international konkurrenzfähig bleiben. Das liegt in der Verantwortung der Politik unseres Landes. Dieser Verantwortung stellt sich die CDU im Bewusstsein um die Bedeutung dieser Bildungs- und Forschungseinrichtungen.

Im Rahmen der Hochschulautonomie müssen die Hochschulstrukturen eigenverantwortlich zur Stärkung der Leistungsfähigkeit verbessert werden. Die Einschränkung der Hochschulautonomie durch die 2. Änderung des Landeshochschulgesetzes wird die CDU umgehend zurücknehmen.

Die Schwerpunktbildung wird im Interesse des Landes gemeinsam mit den Hochschulen fortgeführt. Dabei finden gewachsene Strukturen ebenso Berücksichtigung wie der Fortschritt in Forschung und Entwicklung sowie bei der Entstehung neuer Forschungsschwerpunkte und Studiengänge. Wir wollen uns als CDU in einen ständigen, vertrauensvollen und von gegenseitiger Achtung geprägten Diskussions- und Abstimmungsprozess mit den Hochschulen begeben, um die Dynamik der Wissenschaft zum Wohl der Entwicklung unserer Heimat zu nutzen. Dabei regen wir die Hochschulen an, insbesondere die Fächer und Studiengänge vorrangig zu fördern, die für den Standort Mecklenburg-Vorpommern eine besondere wirtschaftliche Bedeutung haben. Das schließt insbesondere eine Modernisierung der Labore und Versuchsanlagen ein. Dieses Vorgehen entspricht der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung der Hochschulen für die Entwicklung des Landes.

Zur Verbesserung der sächlichen Ausstattung der Hochschulen Wismar, Stralsund und Neubrandenburg sowie der Universitäten Rostock und Greifswald wird im Rahmen einer Wissenschaftsinitiative ein Aktionsprogramm aufgelegt, das diesen wirtschaftsnahen Forschungs- und Lehrbereichen in kurzer Zeit den Anschluss an internationale Ausstattungsstandards ermöglicht.

Die sozial- und geisteswissenschaftlichen Fächer leisten einen außerordentlichen Beitrag zur Diskussion von gesellschaftlichen und ethischen Fragen unserer Zeit. Ihre Forschungsleistungen geben Aufschluss über soziale und gesellschaftliche Entwicklungen, die letztlich den geistigen Rahmen für ingenieur- oder naturwissenschaftliche Höchstleistungen setzen. Bedeutungsvoll ist die sehr gute Ausbildung von Lehrern, um auf diese Weise die Bildung zu stärken – im Sinne der Wissensgesellschaft, aber auch als grundlegende Voraussetzung für Hochschulstudien. Die Lehrerbildung wird in Mecklenburg-Vorpommern neu strukturiert und berücksichtigt künftig eine solide fachliche Ausbildung der zukünftigen Lehrer ebenso wie eine handwerkliche Ausbildung, die

auf die tatsächlichen Herausforderungen des Schulalltags ausgerichtet ist.

Die Fakultäten stehen an den Hochschulen gleichberechtigt nebeneinander und prägen das wissenschaftliche Gesamtbild unseres Landes.

2. Weiterentwicklung der medizinischen Forschung und Ausbildung

Die CDU spricht sich für die Weiterentwicklung der Medizinischen Fakultäten Greifswald und Rostock und der kooperierenden Universitätsklinik in ihrer derzeitigen Rechtsform als Anstalten des öffentlichen Rechts aus. Wegen ihrer Bedeutung für die Ausbildung von Ärzten, für die hochspezialisierte Krankenversorgung, aber auch für die wirtschaftlichen Chancen der Weiterentwicklung der Gesundheitstechnologie sind die Investitionen für den Ausbau und die Modernisierung der Kliniken abzuschließen.

3. Solide Ausstattung für leistungsfähige Strukturen

Das Land muss für unsere Hochschulen Planungssicherheit schaffen. Dazu gehört an erster Stelle die Zuweisung von verlässlichen Finanzausstattungen. Jede Hochschule plant eigenverantwortlich mit einem festen Budget. Die CDU wird die Verantwortung über das Personal, die Gebäude und Liegenschaften auf die einzelnen Hochschulen übertragen. Dadurch werden diese in die Lage versetzt, ein Profil zu erarbeiten, das sie mit nachweisbaren Erfolgen vor den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes verantworten müssen. Die Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern werden über Zielvereinbarungen an ihren Taten gemessen werden. Die Ziele der Hochschulen sollen sich vor allem an wissenschaftlichen Leistungen und Erfolgen in der Lehre ausrichten. Als CDU werden wir verhindern, dass Zielvereinbarungen gegen den Willen der Hochschulen für unbegründete strukturelle Einschnitte missbraucht werden. Wir bekennen uns zur Hochschulautonomie, weil wir darauf vertrauen. Jeder einzelnen Hochschule gelingt es bei verlässlichen Rahmenbedingungen wesentlich besser, eine tragfähige und leistungsstarke Struktur zu entwickeln.

4. Studenten und wissenschaftlichen Nachwuchs fördern

Eine erstklassige Ausbildung ist für unsere Studenten und auch für die Zukunft des Landes von außerordentlicher Bedeutung. Studenten und der wissenschaftliche Nachwuchs sind

entscheidende Träger der Entwicklung für unser Land. Die Qualität der Lehre an unseren Hochschulen bedarf daher großer Aufmerksamkeit. Hochschullehrer sollen in ihrem Ansehen nicht nur an ihren Forschungsergebnissen gemessen werden, sondern ebenso an ihren pädagogischen Fähigkeiten.

Der Wunsch, an unseren Hochschulen zu studieren, wird durch die wissenschaftlichen Leistungen, die Arbeitsmöglichkeiten, aber auch durch die soziale Infrastruktur mitbestimmt. Durch Stärkung der Hochschulen besteht die reale Möglichkeit, junge Menschen ins Land zu holen, um der vorgezeichneten demographischen Entwicklung entgegenzuwirken. Das Profil Mecklenburg-Vorpommerns als Wissenschaftsstandort wird durch die CDU nachhaltig unterstützt.

Die Einführung von Studiengebühren machen wir von den Erfahrungen anderer Bundesländer abhängig. Studiengebühren dürfen nicht zu einer Benachteiligung von Studenten aus sozial schwächeren Elternhäusern führen und müssen gleichzeitig zwingend für eine Verbesserung der Ausstattung der Hochschulen und die Vergabe von Stipendien eingesetzt werden.

5. *Forschung sichert Zukunft*

Ziel der Universitäten muss die Erreichung einer wissenschaftlichen Bedeutung, Exzellenz und Konkurrenzfähigkeit auf dem internationalen Bildungsmarkt sein. Bedeutende Forschungsleistungen müssen international besser dargestellt werden, um Mecklenburg-Vorpommern nachhaltig als Wissenschaftsstandort zu etablieren.

Für die Forschung werden konkrete Ansprüche an die Hochschulen formuliert, um der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zu dienen. So müssen die Hochschulen ihr Drittmittelaufkommen in der Forschung steigern. Für viele Studiengänge ist es möglich, Praktiker aus den Unternehmen für praxisnahe Ausbildungsmodule zu gewinnen.

Mecklenburg-Vorpommern hat das Potenzial, ein Land der Hochtechnologie zu werden. Forschung und Entwicklung haben an Universitäten, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen eine funktionierende Basis. Die Universitäten und Hochschulen entscheiden eigenständig über ihre Grundlagenforschung in den verschiedensten Wissensgebieten. Grundlagenforschung wird durch die CDU nicht vordergründig Entwicklungsbelangen des Landes untergeordnet. In ihr verkörpert sich die Freiheit der Wissenschaft. Sie führt zur Entwicklung von neuen und erfolgreichen Forschungsgebieten. Die

Grundlagenforschung bestimmt unvorhersehbar die Dynamik der Wissenschaften. Wir wollen sie politisch befördern, um uns alle Möglichkeiten der Entwicklung offen zu halten. Die Universitäten und Forschungsinstitute messen sich dabei zunehmend an der nationalen und internationalen Konkurrenz. Nur so werden in der angewandten Forschung Produkt- und Verfahrensentwicklungen entstehen können.

Die Weiterentwicklung von regionalen Wirtschaftskernen und der Ausbau von Wachstumspotenzialen müssen Priorität haben. Die Anwendungsorientierung der Forschung an unseren Hochschulen bietet dafür gute und ausbaufähige Strukturen. Besonders anwendungsorientierte Hochschulen sind mit ihrem Profil in Lehre und Forschung für die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Regionen von unmittelbarer Bedeutung. Die Universitäten werden sich zunehmend dieser Herausforderung stellen und in ihren Forschungseinrichtungen eine stärkere Verbindung von Grundlagenforschung und anwendungsorientierter Forschung herstellen.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern wird zukünftig bei Neugründungen vom Bund geförderter, außeruniversitärer Forschungsinstitute mit technologierelevanten Aufgabenstellungen darauf achten, dass entsprechende Einrichtungen in unserem Land angesiedelt werden. Wir werden uns bei der Bundesregierung nachdrücklich und konsequent dafür einsetzen, dass das erste Deutsche Biomassenforschungszentrum in Mecklenburg-Vorpommern angesiedelt wird.

Starke Kommunen – starkes Land.

Die CDU ist nach wie vor die stärkste kommunalpolitische Kraft in Mecklenburg-Vorpommern. Unsere Erfolge bei den Kommunalwahlen machen deutlich, dass die Bürgerinnen und Bürger des Landes der Gestaltungsfähigkeit von Kommunalpolitikern vertrauen, die in der CDU ihre politische Heimat haben. Auch ist es uns gelungen, parteilose Bürgerinnen und Bürger für das kommunalpolitische Programm unserer Partei zu begeistern, damit sie in den Landkreisen und Gemeinden Verantwortung übernehmen. Diese Erfolgsgeschichte ist Verpflichtung und Programm gleichermaßen.

1. Wir wollen den Bürgermeister auch im Dorf lassen.
2. Vor Ort muss entschieden werden, was vor Ort entschieden werden kann.
3. Lebens- und liebenswerte Dörfer und Städte – unsere Heimat
4. Starke Zentren als Entwicklungsmotoren für die Regionen
5. Weniger Ausgaben – mehr Wirkung
6. Weniger Bürokratie – mehr Freiheit
7. Wir wollen eine schlanke und leistungsstarke Verwaltung.
8. Freiheit für den Einzelnen gewährleisten und Verantwortung für die Allgemeinheit übernehmen
9. Bürger für Bürger – gemeinsam das Ehrenamt stärken
10. Vertrauen zwischen Bürger und Verwaltung stärken
11. Verantwortung übernehmen – soziale Grundsicherung weiterentwickeln

1. Wir wollen den Bürgermeister auch im Dorf lassen.

Die Gemeinde ist der Grundstein für unsere kommunale und staatliche Ordnung im Land. In der Gemeinde erlebt der Bürger Demokratie unmittelbar. Hier kann er sich persönlich zum Beispiel als Bürgermeister oder Gemeindevertreter direkt einbringen und ist so der erste Ansprechpartner für andere Bürger. Der Bürgermeister und die Gemeindevertreter kümmern sich engagiert um das direkte Umfeld ihrer Gemeinden. Diese spürbare Nähe zur Entscheidung und die Überschaubarkeit der Verhältnisse werden wir erhalten.

2. Vor Ort muss entschieden werden, was vor Ort entschieden werden kann.

Unsere Gemeinden und Landkreise werden durch die Anliegen ihrer Bürgerinnen und Bürger mitgeprägt. Bürgermeister und Landräte haben nach 1990 in vielen Bereichen die direkte Verantwortung für ihre Bürger neu übernommen und viele gute Erfahrungen gesammelt. Wer Angelegenheiten seiner unmittelbaren Lebenswelt aktiv mitgestalten will, tritt mit Erfahrung und Sachkunde ein. Bürgerinnen und Bürger beweisen tagtäglich, dass sie politische Gestaltungskraft besitzen. Wir wollen ihnen die Freiräume öffnen, um vor Ort aktiv bei der Gestaltung ihrer Kommunen mitwirken zu können. Die eigene Betroffenheit ist oft Motor für Entscheidungen für Ort. Solche Strukturen, die notwendige Entscheidungen vor Ort in den Gemeinden und Ämtern sichern und zum fairen Interessenausgleich geeignet sind, werden wir unverändert fördern.

3. Lebens- und liebenswerte Dörfer und Städte – unsere Heimat

In unseren Kommunen muss wieder investiert werden, um Arbeitsplätze zu sichern und den Weg für mehr neue Arbeit freizumachen. Die Rahmenbedingungen für Unternehmen müssen sich verbessern. Die CDU steht für das Gütesiegel: Wirtschaftsfreundliche Kommune.

Die kommunale Finanzausstattung darf nicht weiter abgesenkt werden. Durch eine verantwortungsbewusste und auf die Aufgabenerfüllung von Land, Kreisen und Gemeinden konzentrierte Haushaltspolitik des Landes muss eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen erreicht werden.

Unsere Kommunen drängen danach, ihre Schulen, Kindergärten und Horte, die Kultur und das Gemeinwesen für ihre Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln.

Das Miteinander und das Heimatgefühl unserer Bürger wird dann stärker gefördert, wenn das Bild unserer Dörfer und Städte die dort lebenden Menschen stolz auf ihre Gemeinden macht.

Familienfreundliche Kommune – Die Lebensqualität für Kinder, Eltern und Großeltern wird durch ein bedarfsgerechtes Wohnumfeld erhöht. Wir wollen den Gemeinden die Möglichkeit eröffnen, für ihre Bürgerinnen und Bürger attraktive Freizeitmöglichkeiten zu schaffen. Um diesen Prozess zu fördern, werden wir einen Landeswettbewerb „Familienfreundliche Kommune“ ins Leben rufen. Mit dem „Familienpass“ sind viele CDU-geführte Kommunen bereits einen Weg gegangen, um Familien den Zugang zu

öffentlichen und privaten Einrichtungen zu erleichtern.

Sichere Kommune – Jung und Alt sollen sich zu jeder Zeit auf den Schulwegen und den Wegen zur Arbeit oder zu ihren Freizeitaktivitäten, auf unseren Straßen und Plätzen sowie in Parkanlagen sicher fühlen. Dazu ist es notwendig, dass die Polizei für die Bürger vor Ort sichtbar ist.

4. Starke Zentren als Entwicklungsmotoren für die Regionen

Die Vernetzung von Wissenschaft und regionaler Wirtschaft wird den großen Städten in Mecklenburg-Vorpommern helfen, ihre Position als Entwicklungsmotoren zum Wohl der sie umgebenden Region noch besser zu erfüllen.

Ohne ein starkes und attraktives Hinterland verlieren die Städte ihre Anziehungs-, Innovations- und Wirtschaftskraft. Deshalb wird die Politik der CDU den ländlichen Raum unverändert entwickeln. Auch so stärken wir Kommunen und Wirtschaft.

5. Weniger Ausgaben – mehr Wirkung

Wer die Finanzsituation der Städte und Gemeinden in unserem Land verbessern will, muss dafür sorgen, dass Bund und Land für Pflichten und Leistungen, die sie von den Gemeinden fordern, gerade stehen. Auch hier muss gelten: „Wer bestellt, der zahlt!“ Die Gemeinden, Städte und Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern sind auf verlässliche Finanzausweisungen des Landes angewiesen. Die CDU wird durch eine angemessene Finanzausstattung der Städte und Gemeinden dafür Sorge tragen, dass es dort, wo die Menschen wohnen, auch weiterhin Bildung, Wissenschaft, Kunst und Kultur gibt.

Für die Bewältigung ihrer Aufgaben brauchen die Kommunen die entsprechenden Mittel. Alle kostenträchtigen Vorgaben des Landes zu Lasten der Kommunen sind zu überprüfen. Die investitionsfördernde Infrastrukturpauschale ist wieder anzuheben. Dies würde insbesondere unserer klein- und mittelständischen Wirtschaft zugute kommen.

6. Weniger Bürokratie – mehr Freiheit.

Es ist kaum einzusehen, dass der Staat alles regulieren will oder soll.

Regelungen, die nicht erforderlich sind, müssen abgeschafft werden. Alle Gesetze sind daraufhin zu überprüfen, ob sie den Anforderungen einer mündigen und modernen Bürgergesellschaft entsprechen und daraus ihre Legitimation entfalten.

Das Planungsrecht ist zu vereinfachen. Die CDU meint: Hier ist weniger mehr!

7. Wir wollen eine schlanke und leistungsstarke Verwaltung.

Die Verwaltungsaufgaben lassen sich oftmals noch weit mehr als bislang straffen und zusammenfassen.

Das Modell der Amtsverwaltung in den ländlichen Räumen ist die richtige Lösung und eine der weithin akzeptierten Erfolgsgeschichten unseres Landes. Durch die Weiterentwicklung konkreter Ämterstrukturen ist die Verwaltungskraft auf gemeindlicher Ebene zukunftsfähig. Damit ist sie auch in der Lage, weitere Aufgaben zu übernehmen und bürgernah zu erledigen.

Mit Blick auf die Landkreise spricht sich die CDU dafür aus, Änderungen nur dann zu vollziehen, wenn der Nutzen für unsere Gemeinschaft klar erkennbar ist. Vorrangig ist daher die Zusammenarbeit von Landkreisen und kreisfreien Städten zu fördern. Die Verwaltung soll vor Ort verwurzelt bleiben. Ihre Größe richtet sich nach Art und Umfang der zu erfüllenden Aufgaben.

So lassen sich die mit viel Engagement und Finanzaufwand seit 1994 geschaffenen Strukturen gut den sich wandelnden Verhältnissen anpassen und erhalten doch ihren ortsnahen und vertraut gewordenen Bezug. Gerade die Wahrnehmung von Ehrenämtern in den Landkreisen, Städten und Dörfern bedarf überschaubarer und erreichbarer Strukturen. Die CDU setzt sich dafür ein, freiwillige Zusammenschlüsse von Landkreisen und kreisfreien Städten zu ermöglichen.

8. Freiheit für den Einzelnen gewährleisten und Verantwortung für die Allgemeinheit übernehmen

Die CDU steht dafür, klare Handlungsrahmen festzulegen und die Einzelheiten denjenigen zu überlassen, die ihre örtliche Situation am besten kennen. Land und Kommunen sollen in der Lage bleiben, die Kernbereiche öffentlichen Handelns wahrzunehmen. Dort, wo der Einzelne, wo gesellschaftliche Organisationen, das örtliche Handwerk oder örtliche Unternehmen dauerhaft und verlässlich Angelegenheiten der Allgemeinheit bewerkstelligen können,

müssen sich Staat und Kommunen bewusst bescheiden.

9. Bürger für Bürger – gemeinsam das Ehrenamt stärken

Unsere Gemeinden und unser Land brauchen ehrenamtlich tätige, aktive Mitbürger. Dies gilt für die Gemeinde genauso wie für Vereine, soziale Organisationen und die Feuerwehren. Ohne Ehrenamt würde unser Gemeinwesen nicht funktionieren.

Interesse an und Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfeldes und der Verbesserung ihrer Lebensqualität sind für viele Bürgerinnen und Bürger Motivation, sich ehrenamtlich zu betätigen.

Ehrenamtliches Engagement passiert jeden Tag an jedem Ort, sehr oft unauffällig, für viele selbstverständlich. Wir begrüßen diese Fürsorge und bedanken uns bei allen, die dadurch eine solidarische Gemeinschaft und ein friedliches Miteinander befördern. Die Förderung der freiwilligen und ehrenamtlichen Tätigkeit wird aufgrund der Vielfalt und breiten Wirksamkeit durch die CDU ein stärkeres Gewicht erhalten.

Ehrenamtliche Arbeit verdient Achtung und Anerkennung, weil engagierte Bürgerinnen und Bürger zum Erhalt und zum Ausbau der gesellschaftlichen Strukturen beitragen. Entschädigungen für Ehrenämter wollen wir steuer- und beitragsfrei gestalten. Im Bundesrecht muss für Entlastung gesorgt werden. Ehrenamt kann Berufstätigkeit nicht ersetzen, aber das Gefühl vermitteln, gebraucht zu werden und eine Aufgabe für die Mitmenschen und die Gesellschaft zu leisten.

10. Vertrauen zwischen Bürger und Verwaltung stärken

Verwaltungsreform bedeutet für die CDU das Schaffen moderner Verwaltungen. Das gemeinsame Streben nach Arbeit und Weiterentwicklung, nach guten Lebensverhältnissen und Familienfreundlichkeit erfordert gute und freundliche Verwaltungen, die für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen schnell und unkompliziert notwendige Anliegen erledigen. Mehr denn je gilt es, sich der Bedürfnisse der Bürger anzunehmen. Der Einsatz modernster elektronischer Hilfsmittel sowie die Entwicklung leistungsfähiger Datenautobahnen zwischen den Verwaltungen auf kommunaler Ebene, auf Landesebene und untereinander sind hierfür unerlässliche Voraussetzungen. Genauso wichtig bleibt unverändert das persönliche Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern. Ortsnähe, Ortskenntnis und menschliche Zuwendung gegenüber dem einzelnen Mitbürger sind wesentliche Voraussetzungen für eine bürgerfreundliche Verwaltung mit Herz.

11. Verantwortung übernehmen – soziale Grundsicherung weiterentwickeln

Viele der aufgezeigten Ideen sollen mithelfen, dass die Zahl der Bürgerinnen und Bürger unserer Heimat, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, sinkt. Die steigenden Kosten für die öffentliche Hand wiegen schwer. Noch schwerer wiegen die Schicksale eines jeden Betroffenen, der sich hinter diesen Zahlen verbirgt.

Wir werden all unsere Kraft dafür einsetzen, mit einer spürbaren Verbesserung der Situation unserer Unternehmen endlich den Teufelskreis für viele unserer Mitbürger zu durchbrechen. Sie brauchen unseren Zuspruch und unsere Unterstützung, um sich selbst aus dieser Situation befreien zu können. Wir werden die aufsuchende Sozialarbeit organisieren.

Auch die Gesetzgebung und die Praxis in der Sozialhilfe müssen dazu beitragen, die Kostenentwicklung möglichst umzukehren. Die Kommunen sind oft mit den steigenden Sozialhilfekosten überfordert. Beim Arbeitslosengeld II, das viele Bürgerinnen und Bürger als Hartz IV kennen, muss das Verwaltungshandeln vereinfacht werden. Die Verwaltungen vor Ort brauchen wesentlich mehr Entscheidungsspielräume. Die Bundesregierung muss endlich die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Kommunen kostendeckende Zuweisungen für die Aufgaben der Unterbringung erhalten. Rechtssichere und verständliche Formulierungen können dazu beitragen, dass die Betroffenen in

einer ohnehin ernsten Situation nicht überfordert werden. Sie tragen gleichzeitig zur Vermeidung von Gerichtsverfahren bei und gewährleisten eine klare Abgrenzung zu anderen Sozialleistungen.

Gesundheit für alle – keine Zweiklassenmedizin

Die Gesundheit ist ein Grund Lebensgut. Die Chancen, gesund zu bleiben oder wieder zu werden, müssen für jeden gleich groß sein, ohne Rücksicht auf seine finanzielle und soziale Situation. Staatliche Regelungspflicht bezieht sich vorrangig auf die Rahmenbedingungen. Die Krankenversorgung kann von privaten Trägern, den Kommunen und Einrichtungen der Wohlfahrtspflege übernommen werden. Freie Arztwahl und freiberufliche Ärzte gehören zum Kern eines freiheitlichen Gesundheitswesens. Wir setzen unverändert auf die Weiterentwicklung der Vorsorge und der Gesundheitserziehung, denn die Erhaltung der Gesundheit liegt grundsätzlich immer zuerst in der Verantwortung des Einzelnen. Durch Information, Aufklärung und Anreize im Versicherungssystem wollen wir zu einer gesundheitsbewussten Lebensführung, zur frühzeitigen Nutzung von Vorsorgemaßnahmen und zur aktiven Beteiligung an Therapie und Genesung beitragen. Große Bedeutung kommt der Rehabilitation zu, die der Wiederherstellung der Gesundheit und Selbstständigkeit des Patienten dient und Vorrang vor der Pflege hat. Suchtprävention ist eine gemeinsame Aufgabe der Gesundheits-, Sozial-, Familien- und Schulpolitik, der wir neben dem Ausbau von Therapieangeboten hohe Bedeutung zumessen. Neue medizinische Möglichkeiten der Diagnose und Therapie eröffnen bessere Hilfe und mehr Lebensqualität für viele Menschen. Wir setzen auf den Fortschritt der Medizin bei der Bekämpfung noch unheilbarer Krankheiten und Leiden. Wir müssen die Entwicklung wirksamer Verfahren, Instrumente und Heilmittel fördern und für den breiten Zugang zu den medizinisch-technischen Möglichkeiten sorgen. Wir treten auch für die Anerkennung und Förderung von Naturheilverfahren und Naturheilmitteln ein, die das herkömmliche ärztliche Fachwissen sinnvoll ergänzen.

Für Mecklenburg-Vorpommern bedeutet das:

1. Gesundheitsversorgung sicherstellen
2. Mit Behinderung würdig leben

1. Gesundheitsversorgung sicherstellen

Alle Gesundheitseinrichtungen werden zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung in unterversorgten Regionen nach deren Möglichkeiten einbezogen. Vor allem im ländlichen Raum wollen wir

die medizinische Versorgung so gewährleisten, dass Gesundheit nicht durch lange Wege in Gefahr gerät.

Grundlage der medizinischen Versorgung ist das Hausarztssystem. Es muss durch geeignete Maßnahmen in seiner Leistungsfähigkeit gesichert und gefördert werden:

1. In unserem Land muss die Förderung des Berufswunsches Facharzt für Allgemeinmedizin in Mecklenburg-Vorpommern gestärkt werden. Das kann durch eine bevorzugte Vergabe von Studienplätzen an unseren Universitäten erfolgen und durch ein frühzeitiges Heranführen an die Allgemeinmedizin durch entsprechende Seminare während des Studiums.
2. Die Beseitigung der Hemmnisse bei der Facharztausbildung und die Übernahme der Ausbildungsregie durch die Ärztekammer können das Hausarztssystem in Mecklenburg-Vorpommern sichern.
3. Die Kassenärztliche Vereinigung kann mit Umsatzgarantien dazu beitragen, die Gesundheitsversorgung in dünn besiedelten und daher schwer mit Fachärzten für Allgemeinmedizin zu besetzenden Regionen unseres Landes sicherzustellen.
4. Und nicht zuletzt, sondern dringend geboten: Versorgungsschwierigkeiten verhindern wir langfristig nur dann, wenn wir an unseren Universitäten in Rostock und Greifswald Lehrstühle für Allgemeinmedizin einrichten.

In schwer zu versorgenden Bereichen sollten die Krankenhäuser mit ihren Fachabteilungen in die ambulante Versorgung einbezogen werden. Ebenso können niedergelassene Fachärzte die Möglichkeit erhalten, in Krankenhäusern sowie anderen medizinischen Einrichtungen ärztlich tätig zu werden.

Das Rettungsdienstgesetz hat sich in der Praxis bewährt.

2. Leben mit Behinderung in unserer Gesellschaft

Eine CDU geführte Landesregierung wird sich verstärkt für behinderte Menschen in unserem Land einsetzen.

Unsere gemeinsame soziale Verantwortung, die sich am christlichen Menschenbild orientiert, trägt dafür Sorge, dass es auch für behinderte, benachteiligte Menschen gleichberechtigte Chancen auf Bildung, Ausbildung und am Arbeitsmarkt gibt. Unser vornehmliches Ziel ist es, Menschen mit Behinderungen in die Arbeitswelt und damit in die Gesellschaft zu integrieren. Damit wird

ihrer Würde und ihrer gleichberechtigten Stellung in unserer Gemeinschaft ein herausragender Stellenwert eingeräumt.

Die Werkstätten für behinderte Menschen bieten in diesem Rahmen ergänzende Beschäftigungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, denen in der Regel wenig Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt gegeben werden. Denn auch sie werden gebraucht und auch sie können sich einbringen. Die Werkstätten sollen durch eine verbesserte Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt und einer Ausschöpfung der vorrangigen Förderungen durch die Arbeitsagenturen entlastet werden.

Nicht immer sind behinderte Menschen jedoch in der Lage, diese Angebote anzunehmen. Für jeden einzelnen unserer behinderten Mitbürger soll die optimale Lebensform ermöglicht und seine Bedürfnisse ernst genommen werden. So können in ambulant betreuten Wohnformen Heimunterbringungen vermieden werden. Die Familien behinderter Mitbürger brauchen unsere Unterstützung. Mit familienentlastenden Hilfen für Angehörige wollen wir ihnen ein Leben ermöglichen, das ihnen bei der Wahrnehmung der Pflege auch noch Raum für die Erfüllung eigener Wünsche und Bedürfnisse lässt. Die CDU wird sich im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel dafür einsetzen, dass hier neue aber auch bewährte Förderinstrumente entwickelt werden können.

Kultur als Standortfaktor

Kultur ist überall dort, wo Menschen sind, wo sie miteinander leben. Kultur ist ein nicht wegzudenkender Bestandteil unserer gemeinschaftlichen Entwicklung. Sie durchdringt alle Lebensbereiche, prägt das Verständnis von der Welt und das Verhältnis der Menschen zu sich und anderen. Identität, Muttersprache und heimatliche Dialekte, Heimatliebe, Fremdenfreundlichkeit und Bildungswille sind wichtige Bestandteile unseres Kulturbegriffes.

Die Attraktivität einer Region wird nicht nur durch leistungsfähige Unternehmen bestimmt, sondern in gleicher Weise durch die Frage, ob „da was los“ ist! Das Bedürfnis nach kulturellen Erlebnissen ist in unserem Land stark ausgeprägt.

Kulturpolitik in Mecklenburg-Vorpommern muss sich aktuellen Entwicklungen aktiv und gestaltend stellen. Es ist notwendig, Kultur

als wichtige Grundlage menschlicher Beziehungen zu begreifen.

1. Kulturpolitik und nationale Identität – zwei Seiten einer Medaille
2. Kultur tut gut: Kultur in Mecklenburg-Vorpommern

1. Kulturpolitik und nationale Identität – zwei Seiten einer Medaille

Kultur ist mehr als ein Wirtschaftsgut. Kultur ist vor allem der Träger von gemeinsamen Werten, Traditionen und gemeinsamen Sichtweisen einer Nation, aber auch einer Region. Die Kulturnation oder die Regionalkultur verfügen über gemeinsame kulturelle Erfahrungen und gemeinsam erbrachte Kulturleistungen, wie Sprache, Liedgut, Sitten und Gebräuche sowie über das gemeinsame Andenken an regional und überregional bedeutsame Dichter, wie beispielsweise Fritz Reuter. Damit führt die Übereinstimmung der Wertvorstellungen und Lebensansichten der Bürgerinnen und Bürger eines Bundeslandes zum eigenen Selbstverständnis und zugleich zur Wertigkeit der Mecklenburger und Vorpommern in Deutschland.

2. Kultur tut gut: Kultur in Mecklenburg-Vorpommern

Bedingung für die gezielte Entwicklung kultureller Bedürfnisse ist eine vorausgegangene Kulturerziehung in den Familien, Kindergärten, Schulen und Vereinen. Daher müssen wir vor allem in der kulturellen Bildung die Grundlagen für späteres kulturelles und künstlerisches Interesse legen. Beispielsweise leisten die Musikschulen des Landes an dieser Stelle seit Jahren vorbildliche und verlässliche Arbeit. Dieses Maß an qualitätsorientierter kultureller Bildung und Ausbildung soll als Gradmesser für kulturelle Einrichtungen im Land dienen.

Schulen und Hochschulen sind wichtige Kulturträger des Landes. Wir wollen diese Kulturinstitutionen stabilisieren und ihnen den Raum und die Möglichkeiten geben, ihren kulturellen Auftrag zu erfüllen.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern verfügt über eine vielfältige und attraktive Kulturlandschaft. Die Theater des Landes haben zweifelsfrei einen hohen kultur- und bildungspolitischen Wert. Diesen wollen wir schützen und bewahren.

Die unmittelbare Kulturförderung machen wir abhängig von einer grundlegenden und qualitätsorientierten Analyse ihrer Wirksamkeit in den vergangenen Jahren. Eine reine Bestandsaufnahme ist dabei nicht ausreichend. Aus dieser Analyse wollen wir wichtige

Richtungsentscheidungen ableiten. Nur so können die Kulturförderrichtlinien des Landes optimal gestaltet werden. Daher wird es notwendig, Schwerpunkte zu bilden und Themenbereiche zu besetzen, die einen wertvollen Beitrag zur Festigung unserer Identität in Mecklenburg-Vorpommern leisten und darüber hinaus unser Land zu einem kulturellen Erlebnis gestalten. Kultur ist ein Standortfaktor. Die Theaterfinanzierung wird im bisherigen Umfang beibehalten. Das Land sorgt für eine gerechte Verteilung der Mittel und für eine ausreichende Planungssicherheit für die Theater des Landes.

Kultur kann künftig nicht mehr allein durch das Land in einem Maß finanziert werden, das einen hochwertigen Ausbau aller kulturellen Bereiche erlaubt. Dort, wo es möglich ist, sollen Kulturbetriebe über die Einführung betriebswirtschaftlicher Mechanismen die Durchführung kultureller Projekte und Ereignisse vornehmen. Die Kulturpolitik des Landes muss sich vor allem der Förderung der Bereiche widmen, die das Land über seine Grenzen hinaus als attraktiven Standort bekannt macht. Das schafft Anziehungskraft. So wird Kulturpolitik zu einer Aufgabe, die von allen Politikbereichen wahrgenommen werden muss.

„Kultur tut gut“ – Vielgestaltig und interessant wird Kultur damit ein Mittel für die Landespolitik, um das Land mit Film, Malerei, Literatur, Festivals, durch unsere Schlösser, Gutshäuser und Parks national und international bekannter zu machen. Eine kulturelle Grundkonzeption, die in das politische Leitbild für Mecklenburg-Vorpommern als elementarer Bestandteil eingefügt wird, ist nur umsetzbar, wenn die vorhandenen finanziellen Mittel für diese Aufgabe gebündelt und darauf ausgerichtet werden.

Daraus abgeleitet ist einer der wichtigsten kulturpolitischen Lösungsansätze die Absicherung eines Sockelbedarfs der Kulturbetriebe über vertragliche Vereinbarungen. Die ständige Überprüfung von Zielvorgaben und Erfolg muss zu einer verantwortungsbewussten Verwendung begrenzter Mittel führen.

Darüber hinaus kann es gelingen, Künstlerinnen und Künstlern eine entsprechende Existenzsicherung zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang werden wir eine Kulturstiftung des Landes Mecklenburg-Vorpommern gründen, die in sich die Kulturförderung des Landes vereint und stiftungsrechtliche Anreize für Förderer der Kunst und Kultur bietet.

Wie in vielen anderen Bereichen auch, lebt die Kultur vor allem vom Ehrenamt. Jedoch kann nicht jedes kulturelle Projekt ausschließlich von ehrenamtlich tätigen Bürgern organisiert und durchgeführt werden. Das erfordert auch eine stärkere Professionalisierung des

Kulturbetriebes.

Kultur ist ein elementarer Bestandteil der touristischen Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns. Gesundheit, Wellness, Strand und gesunde Wälder machen nicht für alle Gäste den Wert unseres Landes aus. Vielfältige kulturelle Angebote ergänzen die traditionellen touristischen Angebote auch über die Hochsaison hinaus. Hochwertige kulturelle Angebote sind ein wesentliches Kriterium für touristische Aktivitäten von Gästen außerhalb der traditionellen Ferienzeiten.

Mit hervorragenden Zeugnissen der Baugeschichte fühlt sich die CDU dem Denkmalschutz verpflichtet. Bedeutende Hanse- und Residenzstädte, einzigartige Baudenkmäler der Backsteingotik, Bäderorte, aber auch in der baulichen Struktur weitgehend erhaltene Städte und Dörfer zeugen neben den materiellen Werten von einem breiten und reichhaltigen kulturellen Erbe in Mecklenburg-Vorpommern.

Die im Lande lebenden Heimatvertriebenen und Spätaussiedler bestärken wir in der Bewahrung der familiären Bindungen, der Kultur, der regionalen Identitäten und der Bindungen an ihre Heimat. Zur Unterstützung der Pflege, Förderung und Weiterentwicklung des Kulturgutes der Vertreibungsgebiete, für die Zusammenarbeit mit den Verbänden der Heimatvertriebenen bei der Kulturarbeit berufen wir einen Landesbeirat der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler bei der künftigen Landesregierung.

Handlungsfähige Justiz – Vertrauen in den Rechtsstaat

Der demokratische Rechtsstaat schützt jeden Bürger vor Willkür. Im Rechtsstaat kann sich auch der Schwächere behaupten, weil Konflikte nicht nach dem Willen des Stärkeren, sondern nach Gesetz und Recht entschieden werden. Freiheitlichkeit und Autorität unseres Staates sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Leib, Leben, Eigentum und die natürlichen Lebensgrundlagen müssen als zentrale Rechtsgüter wirkungsvoll geschützt werden. Die Wahrung der inneren Sicherheit gehört zu den zentralen Aufgaben und Grundlagen des freiheitlichen Rechtsstaates. Die CDU tritt deshalb für eine konsequente Politik zum Schutz des Bürgers ein. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der sich die Menschen frei bewegen und sicher fühlen können. Kriminalität und Gewalt sind mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entschieden zu bekämpfen. Wir stehen ein für die wehrhafte Demokratie. Die Wahrung des inneren Friedens ist Grundlage menschlichen Zusammenlebens in jeder Gemeinschaft und unabdingbare Voraussetzung für Freiheit und Entfaltung der Bürger. Das staatliche Gewaltmonopol gehört zu den Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates. Es bedeutet nicht staatliche Allmacht, sondern ist Voraussetzung für die Rechtssicherheit des Bürgers. Der Staat hat die Pflicht, das Recht wirksam durchzusetzen. Die Rechtsordnung ist für alle gleichermaßen verbindlich. Davon darf es keine Ausnahme geben. Die demokratisch legitimierte und rechtlich verfasste Staatsgewalt und die sie ausübenden staatlichen Organe dürfen weder konkurrierende Macht noch rechtsfreie Räume dulden. Die Verbrechensbekämpfung muss den veränderten aktuellen Herausforderungen gerecht werden. Ausmaß, Anstieg und neue Formen von Kriminalität fordern neue gesetzliche Grundlagen und Ermittlungsmöglichkeiten. Dabei halten wir daran fest, dass der Bürger vor einem Missbrauch seiner persönlichen Daten geschützt wird. Datenschutz darf aber nicht zum Täterschutz werden.

1. Vertrauen in den Rechtsstaat
2. Wir wollen eine bürgernahe Justiz.
3. Konsequente Strafverfolgung – mehr Sicherheit

1. Vertrauen in den Rechtsstaat

Die moderne Bürgergesellschaft und die Wirtschaft benötigen eine gut funktionierende Justiz. Nur schnelle und effiziente Verfahren sichern das Vertrauen in den Rechtsstaat. Wir werden uns dafür einsetzen, dass erstrittene Titel schneller durchgesetzt werden. Die Wirksamkeit der Grundbuchämter ist deutlich zu verbessern, um wirtschaftsfördernde Effekte zu erreichen. Die Zahl der Gerichtsvollzieher muss erhöht werden, um dieses Ziel im Interesse der betroffenen Bürger zu erreichen.

Das zeigt: Es muss mehr getan werden, um die Sicherheit für Bürger und Besucher in unserem Land zu gewährleisten.

2. Wir wollen eine bürgernahe Justiz.

Justizpolitik muss das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den demokratischen Rechtsstaat sichern und festigen. Die Gerichte müssen in unserem Flächenland gut erreichbar sein. Die CDU will die Bürgernähe der Gerichtsstandorte erhalten. Wir wollen erreichen, dass Recht und Rechtssprechung vom Bürger wieder verstanden werden.

Wie in anderen Bereichen auch, machen wir strukturelle Veränderungen davon abhängig, inwieweit die Umstände und die erforderlichen Spezialkenntnisse vor Ort den tatsächlichen Schutzbedürfnissen der Bürger entsprechen.

Die moderne Bürgergesellschaft benötigt eine gut funktionierende Gerichtsbarkeit. Schnelle und effiziente Verfahren sind nicht nur ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, sie fördern das Vertrauen in den Rechtsstaat und die Einhaltung und Durchsetzung des Rechts. Die Bürgerinnen und Bürger müssen in dem Glauben und Wissen bestärkt werden, dass ihr Tun und Handeln Maßstab unseres gemeinschaftlichen Zusammenhaltes ist.

Das Ausmaß und der Bedarf der Rechtssprechung und des notwendigen Strafvollzuges sind der Maßstab unserer Justizpolitik. Im Interesse der rechtschaffenen Bürgerinnen und Bürger unseres Landes müssen Gerichte und Vollzugsanstalten so ausgestattet sein, dass eine zeitnahe Rechtssprechung möglich ist. Verfahren müssen beschleunigt werden. Gerichte und Staatsanwaltschaften brauchen entlastende Hilfestellungen, damit sie wirkungsvoll diesen Grundsatz umsetzen können.

Wir werden die Polizei, die Staatsanwaltschaften und Gerichte in die Lage versetzen, sich den zukünftigen nationalen und internationalen Entwicklungen zu stellen. Moderne Kommunikations- und Datentechnik und gut ausgebildete Mitarbeiter sind hierfür eine

entscheidende Voraussetzung.

3. Konsequente Strafverfolgung – mehr Sicherheit

Nur schnelle und zielgerichtete Ermittlungen aller Straftaten sowie zügige Strafverfahren schützen vor weiteren neuen und erheblichen Straftaten. Wir werden der Tendenz entgegenwirken, dass sich ein übersteigter Datenschutz immer mehr zum Täterschutz entwickelt. Die potenziellen Opfer müssen vor den Tätern geschützt werden. Die Verfahren sind stärker am Interesse der Opfer auszurichten. Den Opfern einer Straftat darf nicht länger zugemutet werden, dass sie über viele Jahre mehrfach als Zeugen vor verschiedenen Gerichten und Instanzen auftreten müssen.

Die Ausweitung der DNA-Analyse als Fingerabdruck des 21. Jahrhunderts ist ein wirkungsvolles Instrument der Strafverfolgung und Verbrechensvorbeugung. Dieses sichere und vielfältig einsetzbare Mittel wird in Mecklenburg-Vorpommern flächendeckend bei der Verbrechensbekämpfung zum Einsatz kommen. Dafür werden wir als CDU uns verstärkt einsetzen.

An Kriminalitätsbrennpunkten ist die Videoüberwachung auszuweiten, um unschuldige Bürger vor Kriminellen besser zu schützen.

Der Strafvollzug muss verbessert werden. Als eine mögliche Maßnahme ist über die konsequente Sozialtherapie die Rückfälligkeit von Strafgefangenen nach ihrer Haftentlassung weitgehend auszuschließen. Das betrifft insbesondere verurteilte Straftäter nach Sexualdelikten. Bei nicht therapiefähigen gewalttätigen Straftätern muss der Schutz der Allgemeinheit Vorrang haben. Dazu werden wir die Möglichkeiten der Sicherungsverwahrung ausschöpfen und erweitern. Sexualstraftaten werden hart und konsequent verfolgt und bestraft.

Kriminelle Karrieren können verhindert werden, wenn schon jugendlichen Straftätern gezielt und konsequent die Grenzen ihres kriminellen Handelns gezeigt werden. Rücksicht ist hier nicht angebracht. Dazu ist die Zusammenarbeit von Jugendämtern, Jugendgerichtshilfe, Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten zu verbessern. Straftäter müssen unverzüglich angeklagt werden. Die Strafen sind sofort zu vollstrecken. Es muss gelten: Die Strafe muss der Tat auf dem Fuße folgen.

Ausländer, die unser Gastrecht missbrauchen und straffällig werden, sind zügig in ihr Heimatland abzuschieben.

Starke Polizei – mehr Sicherheit.

Wir unterstützen Polizei und Justiz im Kampf gegen das Verbrechen nachhaltig. Das Ansehen unserer Polizei muss gestärkt werden. Unsere Polizisten müssen gut ausgebildet und ausgerüstet, angemessen bezahlt und öffentlich anerkannt werden. Der Verfassungsschutz ist wichtiger Bestandteil der inneren Sicherheit. Er behält seine unverzichtbare Aufgabe im Kampf gegen den politischen Extremismus in seinen verschiedenen Formen und Organisationen. Neuen Herausforderungen muss er wirksam begegnen können. Polizei und Justiz sind bei der Bewältigung ihrer schwierigen Aufgabe auf die Unterstützung der Bürger angewiesen. Die Bürger können und sollen ihrer Eigenverantwortung und Mitwirkungspflicht bei der Gewährleistung der inneren Sicherheit durch Vorbeugung, Wachsamkeit und Gemeinsinn verstärkt nachkommen.

1. Ein sicheres Land – zufriedene Bürger
2. Kriminalität verhindern – jeder ist gefragt
3. Eine starke Polizei – Garant für mehr Sicherheit

1. Ein sicheres Land – zufriedene Bürger

Freiheit ohne Sicherheit ist nicht denkbar. Jeder Bürger hat einen Anspruch auf Sicherheit. In einem demokratischen Rechts- und Sozialstaat besitzt die persönliche Sicherheit einen elementaren Stellenwert. Sie darf nicht vom sozialen Status abhängen. Wir wollen daher Sicherheit für alle unsere Bürgerinnen und Bürger gewährleisten.

Kriminelle sind mit Nachdruck zu verfolgen, zu stellen und rasch zu verurteilen. Opferschutz muss vor Täterschutz stehen. Die Rechte der Opfer müssen gestärkt werden. Eine schnelle und gerechte Verurteilung von Straftätern ist Motivation für unsere gut ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten, sich den täglichen Herausforderungen zu stellen und den Bürgerinnen und Bürgern eine sichere Heimat zu garantieren.

2. Kriminalität verhindern – jeder ist gefragt

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der sich die Bürger sicher fühlen und ohne Angst frei bewegen können. Wir brauchen ein

entschlossenes und frühzeitiges Eintreten gegen Rechtsverletzungen, Ordnungsstörungen und Verwahrlosung. Straftaten müssen durch Stärkung von vorbeugenden Maßnahmen bereits im Vorfeld verhindert werden. Das kann beispielsweise durch eine bessere Zusammenarbeit der Präventionsräte und durch eine konsequente Videoüberwachung von Kriminalitätsbrennpunkten erreicht werden.

3. Eine starke Polizei – Garant für mehr Sicherheit

Eine Verbesserung der inneren Sicherheit kann nur durch Erhalt der Personalstärke der Polizei erreicht werden. Die Organisation der Polizeiführung muss zugunsten einer Verstärkung des polizeilichen Erscheinungsbildes vor Ort gestrafft werden.

Die Ausstattung der Polizei mit Ausrüstung und Technik ist zu verbessern, zum Beispiel durch einen zügigen Ausbau des Digitalfunks und Beschaffung entsprechender Funkgeräte.

Die Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität erfordert eine verstärkte Ermittlungsarbeit gegen Drogendealer, eine konsequente Strafverfolgung und bessere Therapieangebote für Drogenabhängige.

Horrende Schäden für Bürger und Staat infolge von Wirtschaftskriminalität und Korruption müssen durch eine Intensivierung der Aufklärungstätigkeit abgewendet werden. Mehr Sicherheit im Straßenverkehr muss durch Verstärkung der Maßnahmen gegen Geschwindigkeits-, Alkohol- und Drogendelikte erreicht werden.

Es gibt viele Institutionen, die neben der Polizei für Sicherheit und Ordnung zuständig sind. Sie alle sind aufgefordert miteinander zu arbeiten. Hierzu ist die Kooperation dieser Stellen zu verbessern. Polizei, Katastrophenschutz und Feuerwehr müssen durch gemeinsame Leitstellen besser vernetzt werden. Im Katastrophenfall sind wir zudem auf die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr angewiesen.

Die Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz und Polizei, vor allem auf den Gebieten der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und des Terrorismus muss intensiviert werden. Die Sicherheitsbehörden von Mecklenburg-Vorpommern und der angrenzenden Staaten, insbesondere Polen, müssen enger zusammenarbeiten. Um Kompetenzstreitigkeiten zu vermeiden und dadurch die Zusammenarbeit zu stärken, sind die Aufgaben der Polizei, der kommunalen Vollzugsbeamten und privaten Sicherheitsunternehmen klar voneinander abzugrenzen.

Sport – Leistung und Gemeinschaft

Viele erfolgreiche Sportler fanden und finden in Mecklenburg-Vorpommern ihre Heimat und hervorragende Trainingsbedingungen.

Den Stellenwert des Leistungssports in der Landespolitik werden wir deutlich erhöhen.

Dabei werden wir als Land beispielgebend vorgehen und jedes Jahr eine Gruppe Leistungssportler in einer Leistungssportgruppe der Landespolizei zusammenfassen. Somit stellen wir diesen Leistungskadern die materiellen Rahmenbedingungen, die sie für ihre anspruchsvollen Trainings- und Wettkampfleistungen benötigen. Gleichzeitig bieten wir diesen jungen Frauen und Männern eine Ausbildung, damit sie nach dem Ende ihrer Sportlaufbahn erfolgreich in eine neue berufliche Zukunft starten können.

Der Leistungssport ist in unserem Land nur deshalb so erfolgreich, weil wir in zahllosen Vereinen mit engagierten Trainern und Übungsleitern Talente fördern, entdecken und an die Weltspitze führen. Diese erfolgreiche Arbeit muss fortgesetzt werden. Sichere und moderne Sportstätten sind dabei eine zwingende Voraussetzung für einen leistungsfähigen Breitensport, der in zahlreichen lokalen Sportgruppen für jedermann vor Ort, vor allem aber für viele Kinder und Jugendliche Orientierung und Ausgleich bietet. Hier wachsen die Talente heran, die unsere Heimat bei Olympischen Spielen und Weltmeisterschaften vertreten. Ehrenamtlich geführte Sportvereine leisten Außergewöhnliches und stellen die größte Gruppe von engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Ihnen die Grundlagen ihrer freiwilligen Arbeit zu erhalten, ist für uns Verpflichtung und Selbstverständlichkeit.

Damit unser Nachwuchs auch in Zukunft an die beachtlichen Leistungen von Sportlern aus Mecklenburg-Vorpommern anknüpfen kann, werden wir die Förderung des Leistungssports in den Sportgymnasien konsequent fortsetzen und diese Schulen in Landsträgerschaft überführen.

Mit der Natur im Einklang

Die CDU orientiert sich am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung. Wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte sind gleichrangig zu betrachten. Umweltschutz ist eine gemeinsame Aufgabe von Staat, Bürgern und Wirtschaft. Die CDU setzt auf Kooperation und Kombination von Eigenverantwortung der Wirtschaft und der Bürger, auf Markt und Wettbewerb sowie verbindliche Rechtsnormen und deren wirksame Kontrolle. Umweltpolitik kann zur Modernisierung unserer Gesellschaft beitragen. Sie kann und muss in unserem Land zum Motor für die Entwicklung und Vermarktung von Zukunftstechnologien, die Erhöhung der Energie- und Ressourcenproduktivität und damit für eine Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft des Landes und die Schaffung neuer, qualifizierter und sicherer Arbeitsplätze werden.

Wir setzen daher auf einen kooperativen Umweltschutz, d. h. auf mehr ortsbezogene Fachlichkeit und Förderung des freiwilligen Handelns sowie eine geringere Belastung der Bürgerinnen und Bürger durch Bürokratie und Kosten.

1. Natur bewahren – Lebensqualität gewinnen
2. Die Zukunft der ländlichen Räume sichern
3. Freizeit und Naturschutz-: Jagd, Angelsport und Kleingartenwesen
4. Abfallwirtschaft

1. Natur bewahren – Lebensqualität gewinnen

Mecklenburg-Vorpommerns Natur ist über den Tourismus hinaus ein maßgeblicher Wirtschafts- und Kulturfaktor. Das Land verfügt über besondere weiträumige naturbelassene Regionen. Sie zeichnen unser Land aus und gewährleisten unseren Bürgern und Gästen ein Höchstmaß an Lebensqualität. So sind wir dem Naturschutz besonders verpflichtet. Aus dieser Verantwortung heraus steht die CDU Mecklenburg-Vorpommern für die Wahrung der Schöpfung und den Schutz der Natur. Erfolgreiche Umweltpolitik lässt sich nur in Kooperation mit den Menschen und nicht gegen die Menschen umsetzen.

Um unsere Schätze zu bewahren, werden wir uns um eine neue Partnerschaft zwischen Naturschutz, nachhaltiger Landwirtschaft und umweltverträglichem Tourismus bemühen.

Diese Partnerschaft zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass bei

der Auswahl und Benennung von EU-Vogelschutzgebieten und Fauna-Flora-Habitat-Gebieten die Ermessensspielräume des Landes und der Gemeinden genutzt und die Gebietskulisse auf das unumgänglich Notwendige unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und regionalen Anforderungen beschränkt werden. Die Umsetzung der NATURA 2000-Richtlinie der Europäischen Union erfolgt mit Augenmaß. Die entsprechend der Richtlinie ausgewiesenen Schutzgebiete sind auf den Prüfstand zu stellen.

Ein umfassender und langfristig wirksamer Naturschutz macht es erforderlich, die Akzeptanz des Naturschutzes zu erhalten, Begeisterung und Freude durch erlebbaren Naturschutz zu retten. Die naturkundlichen Aktivitäten für die ganze Familie können einen wirksamen Beitrag leisten, um generationsübergreifend für die Bewahrung unserer natürlichen Umwelt einzutreten.

Wir räumen dem Freiwilligkeitsprinzip und Vertragsnaturschutz Vorrang ein. Nur soweit notwendig, werden ordnungsrechtliche Maßnahmen eingesetzt. Vor allem im Bereich des Naturschutzes ist der Rat von erfahrenen Experten unerlässlich. Durch die Zusammenarbeit mit den ehrenamtlich arbeitenden Verbänden und Vereinen auf Landesebene sollen diese bei entsprechender fachlicher Eignung mit mehr Verantwortung ausgestattet werden.

2. Die Zukunft der ländlichen Räume sichern

Die Schaffung und Wahrung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Landesteilen und der Aufbau langfristiger Perspektiven für den ländlichen Raum sind in unserem Land wichtige politische Ziele. Wir wollen die ländlichen Räume erhalten, denn sie prägen unser Land und geben vielen Bürgerinnen und Bürgern eine naturnahe Heimat, um die sie viele Menschen in großen Städten beneiden. Ihre Zukunft ist für die Entwicklung unseres Landes genau so wichtig wie die Entwicklung der städtischen Gebiete.

Damit wir uns den besonderen Herausforderungen dieser Politik im ländlichen Raum stellen können, sind alle zur Verfügung stehenden Mittel der Europäischen Union und der Bundesregierung auszuschöpfen. Die Maßnahmen der Dorferneuerung und der Flurneuordnung sind ausbaufähig.

Ländliche Räume existieren als Einheit von Wirtschafts-, Kultur- und Naturräumen. Sie sollen als solche erhalten werden. Dafür sind die regionalen Kreisläufe auszubauen und zu stärken.

3. Freizeit und Naturschutz: Jagd, Angelsport und Kleingartenwesen

Die Jagd, der Angelsport und das Kleingartenwesen sind ökologisch wertvolle Formen der Naturnutzung, die stärker als bisher unterstützt werden müssen. Sowohl Angler und Jäger als auch Kleingärtner leisten einen unschätzbaren Beitrag zur Pflege und zum Schutz der natürlichen Umwelt.

Jäger, Angler und Kleingärtner begreifen wir als wichtige Partner des Naturschutzes und werden sie verstärkt in Naturschutzprojekte einbinden. Ihre Arbeit im Rahmen der Hege, zur Sicherung des ökologischen Gleichgewichts sowie zur Erhaltung und Pflege von Biotopen ist ein wertvoller, oft freiwilliger Beitrag zum Naturschutz.

Im Vertrauen auf das Umweltbewusstsein der Fischer und Angler wollen wir die Fischerei in Nationalparks und Naturschutzgebieten stärker als bisher ermöglichen.

4. Abfallwirtschaft

Eine gesetzeskonforme Abfallwirtschaft bringt die ökologischen und ökonomischen Interessen in Einklang. Die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften der Abfallwirtschaft muss für die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft bezahlbar sein. Der gesetzliche Rahmen ermöglicht einen fairen Wettbewerb zwischen den privaten Unternehmen der Abfallwirtschaft und den Kommunen. Er gewährleistet ebenso die Planungs- und Investitionssicherheit für die Zukunft.

Moderne Abfallwirtschaft in unserem Land erfordert den Bau und die Betreibung von Abfallbehandlungs- und Verwertungsanlagen, um insbesondere Abfälle aus dem gewerblichen Bereich auch der Energieerzeugung zuzuführen. So kann diese Nutzung neben geordneten Entsorgungswegen zur Sicherung und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen. Dabei wollen wir lange Transportwege vermeiden. Das Prinzip der Nähe von Abfallerzeugung und Entsorgung soll konsequent umgesetzt werden.

Darüber hinaus setzen wir uns für die Errichtung und den Betrieb der dringend benötigten Behandlungsanlagen in unserem Land ein.

Eine Überarbeitung und Straffung des Abfallrechtes ist unerlässlich, damit der geforderte verlässliche rechtliche Rahmen für die Abfallwirtschaft, die Bürger und die Wirtschaft geschaffen wird.

Politik gestaltbar machen. Verantwortliche Finanzpolitik

Mit Beispiel vorangehen

Wir werden den Kurs der CDU zur Modernisierung der Landesverwaltung konsequent weitergehen.

Ziel ist, die Landesregierung auf sechs Ministerien zu begrenzen. Durch eine umfassend vorgenommene Aufgabenkritik und die Erschließung vielfältiger Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Bereich Wirtschaft und Arbeitsmarktpolitik, Landwirtschaft und Umwelt wird dieses Ziel in der kommenden Wahlperiode umgesetzt.

In die ständig wachsenden Kooperationen der norddeutschen Länder werden wir uns als Land Mecklenburg-Vorpommern bereichernd einbringen. Dadurch wird es uns weiter gelingen, Möglichkeiten zu entwickeln, unsere begrenzten Spielräume in der Finanzpolitik gezielt für die in diesem Wahlprogramm gesetzten Schwerpunkte einzusetzen.

Handlungsspielräume erschließen

Die finanziellen Möglichkeiten unseres Landes bestimmen das Ausmaß unserer politischen Handlungsfähigkeit. Die Situation ist ernst, aber nicht ausweglos. Wir müssen die Zeit bis zum Jahr 2019 konsequent nutzen. Bis dahin stehen uns finanzielle Mittel der Bundesregierung zur Verfügung. Jetzt gilt es, vieles aus unserem Wahlprogramm in den nächsten fünf Jahren umzusetzen. Dadurch wird es möglich sein, Wirtschafts- und Verwaltungsstrukturen zu schaffen, die unsere eigenen Kräfte deutlich machen. Setzen wir die positive Entwicklung unseres Landes fort, können wir ab 2019 die Geschicke unseres Landes weitestgehend mit unseren eigenen Möglichkeiten bestimmen. Das ist unser Ziel in einer Finanzpolitik, die auch für unsere Kinder und Enkel gemacht wird.

Aber zuvor müssen wir wissen, wie die Kassenlage wirklich aussieht. Ein schonungsloser Kassensturz soll unsere Handlungsspielräume aufdecken und eine ehrliche Vermögensdarstellung offen legen.

Nur die Kenntnis unserer wirklichen Finanzlage kann die Basis für ein Stufenkonzept zur Umsetzung unseres Wahlprogramms sein.

Unsere Ziele sind dabei schon heute ehrgeizig. Unsere langjährigen

Erfahrungen mit den Haushalten des Landes haben immer gezeigt, dass es durchaus Möglichkeiten gibt, die Neuaufnahme von Krediten bis zum Ende der Legislaturperiode auf Null zu senken. Im Anschluss kann ein tatsächlicher Schuldenabbau in Angriff genommen werden. Ein schnellerer Abbau der Schulden eröffnet wieder neue Handlungsspielräume. Umso konsequenter wir diese Ziele verfolgen, desto rascher erreichen wir das Ziel, ab 2019 unsere Heimat weitestgehend mit unseren eigenen Möglichkeiten zu lenken und zu entwickeln. Ein zukunftsorientiertes und nachhaltiges Haushaltserneuerungsprogramm wird zu diesem ehrgeizigen Ziel führen und die Ergebnisse für die Bürgerinnen und Bürger sichtbar machen.

Verantwortung übernehmen und Zukunft gestalten

Mecklenburg-Vorpommern wird von seinen Menschen geprägt. Unsere Finanzpolitik wird die wirklich wichtigen Themen der Menschen aufgreifen und erfolgreich angehen, so wie wir es für Sie in diesem Wahlprogramm dargestellt haben. Zusammenfassend stellt sich unsere Finanzpolitik vor allem in den Dienst dieser Schwerpunktbereiche:

- **Vorfahrt für Arbeit**
- **Familien sind willkommen!**
- **Leistungsorientierte und verlässliche Bildung**
- **Vor Ort muss entschieden werden, was vor Ort entschieden werden kann.**

Diese großen und mutigen Ziele sind durch das geschlossene Handeln aller Politikbereiche erreichbar. Um diese Ziele umsetzen zu können, muss der Haushalt durch uns vollständig neu ausgerichtet werden, deshalb sind alle Maßnahmen des Wahlprogramms seriös zu finanzieren.

Die Aufgaben und die Ausstattung des Landes sind einer tiefgehenden Kritik zu unterwerfen.

Eine CDU-geführte Regierung wird ein Garant für einen sparsamen Umgang mit Steuergeldern sein. Wir werden die Wirtschaftspolitik auf Wachstum ausrichten und somit steigende Steuereinnahmen erzielen.

Auf bundespolitischer Ebene werden wir uns für eine gerechte Steuer- und Abgabenpolitik einsetzen, die die Mitbürger, Betriebe und Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern nicht weiter belastet.

Wir werden die Förderlandschaft entschlacken und den Dschungel an unterschiedlichsten Förderungen lichten.

Gemeinsam stark – Solidarität der Bundesländer

Nur wenn alle an einem Strang ziehen, ist die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen überhaupt denkbar. Wir befürworten ausdrücklich einen nationalen Erneuerungspakt, der Bund, Länder und Kommunen an einen Tisch bringt, um die Staatsfinanzen den zukünftigen Ansprüchen anzupassen. Wir werden darauf achten, dass zu schließende Kompromisse nicht den Interessen des Landes widersprechen. Wir wollen einen gerechten und gemeinschaftlichen Umgang mit allen Partnern auf allen politischen Ebenen.

Ein Ausweg aus der angespannten finanziellen Lage von Bund, Ländern und Gemeinden kann nur gemeinsam gefunden werden. Deshalb wollen wir die Neuregelung der Bund-Länder-Beziehung aktiv begleiten und uns einbringen. Neue Regelungen können nicht auf Kosten einiger ausgetragen werden. Das ist selbstverständlich. Der Solidarpakt, aus dem Mecklenburg-Vorpommern bis 2019 erhebliche Zuweisungen von der Bundesregierung erhält, ist mit uns nicht mehr verhandelbar. Bis 2019 brauchen wir die Sicherheit, um den Aufbau Ost erfolgreich fortzusetzen. Der Länderfinanzausgleich in seiner heutigen Form ist gerecht und unterstützt die finanzschwachen Länder. Diese Forderung bedeutet für Mecklenburg-Vorpommern viel Verantwortung. Alle Gelder müssen konsequent in die Entwicklung zukunftsfähiger Bereiche investiert werden. Nur so lässt sich der Länderfinanzausgleich aufrechterhalten.

Wie wir uns den Umgang zwischen Bund und Land vorstellen, so müssen wir auch mit den Kommunen umgehen. Den Kommunen muss eine ausreichende Finanzkraft zur Verfügung gestellt werden. Nur so können sie ihre Aufgaben wahrnehmen. Gemeinsam muss ein Programm entwickelt werden, das auf die speziellen Bedürfnisse der Kommunen zugeschnitten ist. Als einen denkbaren Weg könnten die zweckgebundenen Mittel des Kommunalen Finanzausgleichs spürbar reduziert werden, um im gleichen Umfang die freien Schlüsselzuweisungen zu erhöhen. So hätten die Kommunen die Möglichkeit, aus eigener Kraft heraus ihre Haushalte zu sanieren. Voraussetzung dafür ist ein kontinuierlich hohes Verantwortungsbewusstsein innerhalb der Kommunalen Selbstverwaltungen, wie wir es in der Vergangenheit schätzen gelernt haben.

Rechenschaft gegenüber den Bürgern

Sehr umfangreich haben wir Ihnen an dieser Stelle unsere Pläne für die kommenden fünf Jahre offen gelegt. In vielen Bereichen haben Sie Antworten auf Ihre Fragen gefunden. Viele Fragen sind unbeantwortet geblieben. Das ist natürlich. Wir bitten Sie aber, uns diese Fragen mitzuteilen. Eine Adresse, eine Telefonnummer und eine E-Mail-Adresse finden Sie in diesem Programm. Wir wollen Ihre Fragen in unsere Überlegungen aufnehmen und versuchen, darauf eine Antwort zu finden. Ein Wahlprogramm bietet Orientierung. Ein Wahlprogramm ist aber auch Verpflichtung. Wir wollen nicht, dass die Ideenvielfalt der vielen Bürgerinnen und Bürger, die sich nach Feierabend mit diesem Wahlprogramm beschäftigt haben, nur einfach so aufgeschrieben ist. Wir wollen unsere Ideen mit Ihnen gemeinsam umsetzen.

Sie sollen nach Ablauf eines jeden Jahres, also zum ersten Mal am 17. September 2007, von uns einen ausführlichen öffentlichen und ehrlichen Bericht über den Stand unserer Arbeit erhalten. Dazu verpflichten wir uns.

Wir müssen dann offen legen, ob wir unsere Versprechen einhalten konnten. Am Anfang unseres Wahlprogramms versprochen wir Ihnen einen neuen politischen Stil. Unsere Rechenschaftspflicht Ihnen gegenüber gehört dazu.

Stichwortverzeichnis

- 1
 Abfallwirtschaft 70
 Achtung 10, 11, 12, 37, 43, 51
 Alban 6
 Angelsport 68, 69, 70
 Arbeit 5, 8, 9, 10, 11, 13, 15, 21, 22, 27, 28, 39, 49, 51, 52, 59, 67, 70, 72, 74
 Arbeitnehmer 11, 27
 Arbeitskräfte 11, 15
 Arbeitslosigkeit 26, 27
 Arbeitsmarktpolitik 9, 13, 15, 26, 27, 28, 71
 Arbeitsplätze 11, 13, 15, 16, 20, 26, 28, 42, 48, 68, 70
 Arbeitsvermittlung 29
 Ausbildung 27, 28, 30, 34, 35, 38, 40, 42, 43, 44, 59, 67
 Ausbildungsplatz 27, 32
 Ausländer 64
 Autorität 10, 35, 38, 62
 Bäderdienst 24
 Bahnverkehr 17
 56
 Bergen auf Rügen 8
 Bericht 74
 Berufsausbildung 12, 13
 Berufsschulstandorte 40
 Betriebskindergärten 31
 Bevölkerungsentwicklung 22, 26
 Bevölkerungsstruktur 10
 Bildung 13, 16, 31, 35, 37, 40, 42, 43, 72
 Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten 11
 Bildungspolitik 35, 36
 Biomasse 19
 Bundespolitik 29
 Bundeswehr 13, 66
 Bürgergesellschaft 50, 63
 Bürgermeister 8, 47, 48
 Bürokratie 21, 47, 49, 68
 bürokratischen Anforderungen 39
 Caspar David Friedrich 6
 CDU 4, 8, 12, 13, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 28, 29, 31, 32, 36, 37, 38, 42, 43, 44, 45, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 62, 63, 64, 68, 71, 72
 Chancen 4, 12, 19, 21, 22, 27, 35, 44, 54, 56
 Christentum 9
 christlich 7
 Diskussionskultur 9
 Disziplin 39
 Drogen- und Alkoholmissbrauch 33
 Ehrenamt 47, 51, 60
 ehrenamtlich 9, 27, 51, 60, 69
 Eigenkapital 16
 Eigenverantwortung 32, 65, 68
 Einkommen 11, 21, 23
 Eltern 10, 30, 31, 32, 36, 37, 48
 Elternbeiträge 31
 Energiepolitik 15, 19, 21
 Engagement 9, 20, 25, 34, 50, 51
 Enquetekommission 36
 Entwicklung 4, 10, 11, 17, 19, 26, 28, 30, 31, 36, 43, 45, 46, 52, 54, 58, 68, 69, 71, 73
 Entwicklungschancen 42
 Entwicklungszentren 12, 42
 Ermessensspielräume 11, 69
 Ernährungsgüterindustrie 22
 erstklassigen Unterricht 39
 Erziehung 10, 32, 37, 39
 Europäischen Kommission 20
 Europäischen Union 21, 69
 Eurorapid 17
 Existenzgründerförderung 28
 Facharzt Ausbildung 55
 Fährverkehr 18
 Familie 7, 9, 10, 28, 30, 32, 69
 Familienarbeit 10
 familienfreundliche 11
 Familienfreundliche Kommune 48
 Familienpolitik 10, 30
 Familienunternehmen 16
 Fehmarn-Belt-Querung 18
 Feuerwehr 66
 Finanzen 73
 Finanzpolitik 26, 71, 72
 Finanzsituation 49
 Fischerei 22, 23, 70
 Flughäfen 19
 Flugverkehrsnetz 19
 Forschung 16, 17, 42, 43, 44, 45, 46
 Forschungseinrichtungen 17, 20, 42, 43, 45, 46
 Fort- und Weiterbildung 13
 Fort- und Weiterbildungsprogramm 39
 Freiheit 42, 45, 47, 49, 50, 62, 65
 frühkindliche 10, 37
 frühkindliche Bildung 37
 Fusionsforschung 19
 G8-Gipfel 25
 Gemeinde 37, 47, 51
 Gemeinden 8, 24, 47, 48, 49, 51, 69, 73
 gemeinsam 12, 14, 27, 37, 43, 47, 51, 58, 73
 Gemeinsam 5, 8, 9, 27, 38, 73
 Generationenvertrag 10
 Geothermische 19
 Gerechtigkeit 62
 Gerichte 63
 Gerichtsvollzieher 63
 Geschichte 6, 7
 Gesellschaft 10, 12, 30, 32, 39, 51, 62, 65, 68
 Gesundheit 54, 55, 60
 Gesundheitstourismus 25
 Gesundheitsversorgung 54, 55

- Gewerkschaften 27
 Grundlagenforschung 45, 46
 gymnasiale Bildung 37
 Häfen 19
 Hafenwirtschaft 18
 Handlungsspielräume 71, 72
 Handwerk 11, 16, 26, 27, 50
 Hartz IV 52
 Haushaltspolitik 48
 Heimat 7, 8, 12, 13, 15, 26, 27, 42, 43, 47, 48, 52, 65, 67, 69, 72
 Hochschule 42, 44
 Hochschulen 12, 16, 20, 26, 42, 43, 44, 45, 46, 59
 Hochschulpolitik 9
 Hochschulstrukturen 42, 43
 Hoffnung 26
 Identität 7, 58, 59
 Infrastruktur 25, 45
 Jagd 68, 69, 70
 Jugend 30, 32
 Justiz 62, 63, 65
 Kinder 10, 13, 29, 30, 31, 32, 35, 36, 37, 39, 48, 67, 71
 kinderfreundlichen 10
 Kindertagesstätten 10, 31
 klein- und mittelständische 16
 Kleingartenwesen 70
 Kombi-Lohn 28
 Kommunen 47, 48, 49, 50, 52, 70, 73
 Kooperationen 16, 20
 Kopfnote 39
 Kreeft 6
 Kriminalität 62, 65, 66
 Kultur 7, 9, 48, 58, 59, 60, 69
 Kulturpolitik 12, 58, 59
 Landeshochschulgesetzes 43
 Landesmarketing 23, 25
 Landkreise 49, 50
 ländlichen Räume 68, 69
 Landwirtschaft 19, 21, 68, 71
 Langzeitarbeitslose 27
 lebenslangen Lernens 12, 34
 Lebenslanges Lernen 35, 40
 Lehrer 11, 20, 36, 37, 39, 43
 Lehrerinnen 36, 37, 39
 Lehrpersonalkonzept 38
 Lehrertourismus 39
 Leistung 35, 67
 Leistungen 10, 35, 44, 45, 49, 56, 67
 Leistungssport 67
 Leistungsstarken 11, 38
 Lern- und Unterrichtsbedingungen 36
 Liebe 4, 10
 Lilienthal 7
 Liquiditätsbeihilfen 16
 Marcus 6
 Mecklenburg County 6, 20
 Mecklenburg-Vorpommern 1, 4, 5, 6, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 23, 24, 25, 27, 28, 29, 30, 32, 33, 35, 36, 38, 40, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 49, 54, 55, 58, 59, 60, 64, 66, 67, 71, 72, 73
 Medizinischen Fakultäten 44
 Mie 7
 Mittelstandspolitik 15
 Mittelstandsprogramm 15, 16
 Modernisierung 43, 44, 68, 71
 Mutterschutz 29
 Natur 22, 23, 24, 68
 Naturschutz 23, 68, 69, 70
 Neuansiedlungen 26
 Opferschutz 65
 Orientierung 9, 12, 67, 74
 Ostseeraum 6, 19, 20, 24
 Peenemünde 7
 Polizei 13, 24, 49, 63, 64, 65, 66
 Qualität 13, 42, 45
 Radwegeninfrastruktur 24
 Rechenschaft 74
 Rechtsstaat 62, 63
 Regionen 16, 20, 46, 54, 55, 68
 Reiten 24
 Respekt 9, 10, 11, 12, 37
 Saisonerweiterung 23
 Schliemann 6
 Schule 11, 12, 32, 34, 36, 37, 38, 39
 Schüler 11, 32, 35, 36, 37, 38, 39, 40
 Schuljahr 37
 Schulpolitik 9, 54
 Selbstständigkeit 16, 37, 54
 Senioren 34
 Sexualstraftaten 64
 Sichere Kommune 49
 Sicherheit 12, 13, 24, 62, 64, 65, 66, 73
 Solidarität 9, 30, 73
 Sophie Charlotte von Mecklenburg-Strelitz 6
 soziale Gerechtigkeit 5, 11
 Soziale Grundsicherung 47, 52
 Sport 33, 67
 Sportgymnasium 67
 Staatsanwaltschaften 63, 64
 Standortmarketing 20
 Stil 5, 28, 74
 Strafverfolgung 62, 64, 66
 Strafvollzug 64
 Straßenverkehrswege 18
 Strukturbastelei 35, 36
 Studenten 20, 42, 44, 45
 Studiengebühren 45
 Studium 12, 13, 30
 Technologie 6, 17, 42
 Technologie- und Innovationsförderung 17
 Technologieorientierte 15, 16
 Teilzeitregelung 38
 Thünen 6
 Tourismus 23, 24, 25, 68
 Traditionen 7, 8, 58
 Umwelt 21, 69, 70, 71

Umweltpolitik 12, 68
Umweltschutz 68
Universität 7, 43
Universitäten 6, 45, 55
Unternehmen 11, 13, 15, 16, 19, 20, 26,
27, 28, 29, 45, 50, 52, 58, 70, 72
Unterstützungssystem 35, 39
Verdrängungswettbewerb 27
Vereinbarkeit von Familie und Beruf 29
Verhaltensunterstützungssystem 39
Verkehrspolitik 15, 17
Vernetzung 15, 19, 20, 28
Vertrauen 32, 47, 52, 62, 63, 70
Verwaltung 47, 50, 52
Verwaltungsreform 9, 13, 52
VIA HANSEATICA 18
Waren/Müritz 8
Wasser- und Kreuzfahrttourismus 25
Werte 8, 10, 39
Wertevermittlung 39
Wirtschaft 15, 16, 21, 26, 27, 29, 40, 49,
68, 70, 71
Wirtschaftsförderung 28
Wissenschaften 6, 46
Wissenschaftsinitiative 43
Wissensgesellschaft 26, 41, 43
Zielvereinbarungen 44
Zubringersystemen 18
Zukunft 10, 13, 15, 22, 23, 24, 26, 27,
29, 30, 32, 37, 42, 44, 45, 67, 68, 69,
70, 72
Zusammenarbeit 16, 20, 22, 26, 50, 64,
66, 69, 71

NOTIZEN

NOTIZEN

NOTIZEN

